



MENSCHEN
MACHEN
MEDIEN

Medienpolitisches ver.di-Magazin Juni 2026 Nr.2



mmm.verdi.de
E 2814
Jahrgang 75

- **Helpline**
Mentale Gesundheit stärken
- **Filmvermittlung**
Für faire Gehälter

EINSTIEG IN DEN JOURNALISMUS



FOKUS: EINSTIEG IN DEN JOURNALISMUS

- 6 **IRGENDWAS MIT MEDIEN**
Wie der Berufsstart in den Journalismus gelingen kann
- 8 **WEGE IN DEN JOURNALISMUS**
- 10 **EIN VOLONTARIAT IST MEHR ALS EIN EINSTIEG**
- 12 **„KOMPLIZIERTE BEZIEHUNGSARBEIT“**
Community-Management ist eine neue journalistische Aufgabe
- 14 **„DAS GRUNDGESETZ IST UNSER WERTEKANON“**
Ein Gespräch mit Henriette Löwisch, Leiterin der DJS über Haltungsjournalismus, Fake News und Geschlechtergerechtigkeit
- 17 **OHNE MOOS NIX LOS**
- 18 **MENTORING FÜR MEHR VIELFALT**
Mentoring@NRW zur Unterstützung von jungen Journalist*innen mit Einwanderungsgeschichte

MEDIEN UND RECHT

- 4 **WOLFRAM WEIMER MUSS EXTREMISMUS-VORWURF BELEGEN**

KOMMENTAR

- 5 **PRESSEFREIHEIT IST KEINE WELTMEISTERSCHAFT**

BERUF

- 20 **HILFE BEI PSYCHISCHEN BELASTUNGEN IM JOURNALISMUS**

MEDIENWIRTSCHAFT

- 22 **FAIRE HONORARE FÜR FILMVERMITTLUNG**

MEDIENPOLITIK

- 24 **EINS, ZWEI ODER DREI?**
Drei-Stufen-Tests fühlen den ÖRR-Inhalten auf den Zahn

SCHON ENTDECKT?

- 25 **„STICHWORT BAYER“**
Netzwerk von Aktivist*innen begleitet seit über 40 Jahren den Bayer-Konzern kritisch

INTERNATIONAL

- 26 **EIN SCHLECHTER WITZ? KEINE PRESSEFREIHEIT IN DER TÜRKEI**
- 28 **VERLEGER VERSAUERT IM GEFÄNGNIS**
Aktion für Jimmy Lai, China (Hongkong)

TARIFE & HONORARE

- 30 **STARKER TARIFABSCHLUSS BEI CINESTAR**
- 30 **STREIKS UND PROTESTE IN DER ARD**

VER.DI UNTERWEGS

- 29 **BETRIEBSRÄTIN IN AKTION**
- 31 **DW – DEMOS GEGEN SPARKURS**
- 31 **IMPRESSUM**

BEILAGE

- KARTE ZUR WELTRANGLISTE DER PRESSEFREIHEIT 2026 (VON RSF)**



ALLE PODCASTS UNTER:
MMM.VERDI.DE/PODCAST



Foto: Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt / Christian Klenk / upd

Fragen was ist!



Der Einstieg in den Journalismus hat etwas vom Sprung ins kalte Wasser: Man weiß vielleicht ungefähr, wie Schwimmen funktioniert, hat eventuell schon ein paar Bewegungen im Kopf – und merkt dann schnell, dass echte Wellen deutlich unberechenbarer sind als jede Theorie.

Wer Journalist*in werden möchte, braucht von Beginn an ein solidarisches Netzwerk. Und vor allem Mut und Neugier: Warum steigen Mieten? Weshalb demonstrieren Menschen? Oder ganz simpel: Warum wird die Kita immer noch nicht renoviert?

Der Journalismus ist kein Beruf mit gerader Karriereleiter und schickem Dienstwagen. Dafür bietet er etwas anderes: die Chance, jeden Tag etwas Neues zu lernen – und Geschichten zu erzählen, die im besten Fall die Welt ein kleines Stück verständlicher machen.

Der klassische Weg in den Journalismus führte lange über ein Volontariat. Diese praktische Ausbildung gibt es noch immer – inzwischen ergänzt durch Journalistenschulen, Studiengänge und digitale Medienprojekte. Viele beginnen heute mit Podcasts, TikTok-Formaten, Newslettern oder einem eigenen Blog. Die gute Nachricht: Noch nie war es so einfach, journalistische Inhalte selbst zu veröffentlichen. Die schlechte: Noch nie war es so einfach.

Denn angesichts grassierender Desinformation, intransparenter Algorithmen und übermächtigen Technologiekonzernen verliert Journalismus auch an Ansehen, Reichweite und Einnahmen. Zum seriösen Journalismus gehören Standards. Das sind handwerkliche Regeln, aber auch ethische Grundsätze. Die sind zwar im Pressekodex aufgeschrieben, aber gerade die digitalen Krawallportale, die Journalismus simulieren, halten sich nicht daran. Das schadet dem Beruf und spielt Antidemokraten in die Hände.

Der neue Volo-Ratgeber der dju in ver.di bringt es für alle Einsteiger*innen auf den Punkt. Wir geben Euch in dieser Ausgabe einen Vorgeschmack. Beim Lesen und Blättern wünschen wir viel Vergnügen

Julia Hoffmann

verantwortliche Redakteurin

Wolfram Weimer muss Extremismusvorwurf belegen

Wolfram Weimer darf die Betreiberinnen der „Buchhandlung zur Schwankenden Weltkugel“ aus Berlin nicht als „politische Extremisten“ bezeichnen. Das hat das Verwaltungsgericht Berlin klargestellt (Beschluss v. 30.04.2026 – VG 6 L 229/26, der Autor war als Rechtsanwalt für die Buchhandlung im Verfahren tätig). Der Fall zeigt, dass Auskünfte des Verfassungsschutzes problematisch sind, wenn es um staatliche Förderentscheidungen geht.

Der Kulturstaatsminister hatte drei Buchhandlungen, die von einer unabhängigen Jury für den Deutschen Buchhandlungspreis ausgewählt worden waren, von der Liste der Preisträger*innen streichen lassen. Der Vorgang versetzte die Kulturbranche in Aufruhr. Auf die Kritik an seiner Amtsführung reagierte Weimer mit einem Interview, das wohl ein Befreiungsschlag sein sollte. Gegenüber der ZEIT erklärte er sein Handeln wie folgt: „Wenn der Staat Preise vergibt und Steuergelder einsetzt, dann kann er das nicht für politische Extremisten tun.“ Eine Bewertung, die er vor dem Verwaltungsgericht verteidigte. Die Äußerung beruhe aus einem zutreffenden Tatsachenkern, denn das Bundesamt für Verfassungsschutz habe auf Anfrage mitgeteilt, es lägen „verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse“ vor.

Einschätzung des Verfassungsschutzes als Begründungersatz?

Die Auskunft des Verfassungsschutzes erfolgte nach dem sogenannten Haber-Verfahren, wonach Behörden im Vorfeld von Förderentscheidungen erfragen können, ob Erkenntnisse über Personen oder Vereinigungen vorliegen. Das Verfahren ist verfassungsrechtlich höchst proble-

matisch. Denn die Betroffenen bekommen von der Anfrage nichts mit. Sie werden auch im Nachhinein nicht informiert. Dadurch wird das Recht auf effektiven Rechtsschutz untergraben. Denn wer von einer Beteiligung des Verfassungsschutzes nichts weiß, kann sie gerichtlich nicht überprüfen lassen.

Hinzu kommt, dass völlig unklar ist, was die Mitteilung, es lägen „verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse“ vor, genau aussagen soll. Der Verfassungsschutz sammelt Informationen im Vorfeld, also dort, wo es noch gar keine Straftaten gibt. Es ist möglich, dass Äußerungen als relevant eingestuft werden, obwohl sie durch die Meinungsfreiheit gedeckt sind. Zumal es sich um eine Einschätzung des Verfassungsschutzes handelt, deren tatsächliche Grundlagen unbekannt sind. Das Verwaltungsgericht Berlin hat diesbezüglich ebenfalls Bedenken geäußert. Aus der bloßen Mitteilung des Verfassungsschutzes könne „nicht die vertretbare und sachgerechte Schlussfolgerung gezogen werden, es handele sich bei den Antragstellerinnen um politische Extremisten.“ Da der Bundesbeauftragte für Kultur und Medien im Verfahren keine konkreten Anhaltspunkte benennen konnte, war die zugespitzte Äußerung, mit der den Betreiberinnen des Buchladens letztlich ein „Extremismusstempel“ aufgedrückt wurde, rechtswidrig.

Einschüchterung durch Verunsicherung

Dass die Bundesregierung das Haber-Verfahren offenbar weiter nutzen will, führt zu Verunsicherung. Wer politisch unbequeme Bücher verkauft, kritische Veranstaltungen organisiert oder Positionen vertritt, die von der Mehrheitsmeinung abweichen, könnte fortan vorsorglich darauf verzichten, sich für eine Förderung zu bewerben oder seine

Grundrechte zurückhaltend ausüben, um nicht in den Verdacht zu geraten, „extremistisch“ zu sein.

Das Berliner Verwaltungsgericht hat im Fall der „Schwankenden Weltkugel“ eine klare Grenze gezogen. Amtsträger*innen müssen sich an die Fakten halten, sie dürfen in Interviews keine willkürlichen Verdächtigungen in die Welt setzen. Die juristische Aufarbeitung hat aber gerade erst begonnen. Die drei betroffenen Buchläden klagen derzeit vor den Verwaltungsgerichten Köln und Berlin gegen den Datenaustausch zwischen dem Verfassungsschutz und dem Bundesbeauftragten für Kultur und Medien. Befinden die Gerichte das Haber-Verfahren für rechtswidrig, hätte dies Auswirkungen weit über den Buchhandlungspreis hinaus. Anfragen beim Verfassungsschutz treffen auch die Zivilgesellschaft, beispielsweise wenn es um die Förderung von Demokratieprojekten geht.

Förderpolitik ist kein Instrument zur Disziplinierung, sondern soll Vielfalt sichern. Der Staat täte gut daran, sich an diesen Grundsatz zu erinnern, statt den Geheimdienst auf unschuldige Buchhandlungen zu hetzen.

Jasper Prigge <<



Foto: Kay Herschelmann

Jasper Prigge ist Rechtsanwalt für Urheber- und Medienrecht in Düsseldorf

Pressefreiheit ist keine Weltmeisterschaft



Deutschland ist in der weltweiten Rangliste der Pressefreiheit einige Plätze abgestiegen und rangiert 2026 nur noch auf Platz 14. „Na und?“, werden einige jetzt sagen, „Das ist doch immer noch nicht schlecht!“ Doch, das ist es.



Foto: Stephanie von Becker

Natürlich ist Pressefreiheit keine Weltmeisterschaft, bei der es in erster Linie darum geht, „sein“ Land mit anderen zu vergleichen. In der Vergangenheit war der Grund, weshalb Deutschland in der Liste nach unten rutschte, nicht die verschlechterte Pressefreiheit hierzulande. Andere Länder hatten sich einfach verbessert! Dann konnte man diese als Beispiele nehmen und sagen: Guck mal Deutschland: Das, dies und jenes läuft dort besser, das kann dieses Land auch!“

Nur noch zufriedenstellend

Doch so ist es nicht mehr. Das Ranking von „Reporter*innen ohne Grenzen“ erfolgt auf Grundlage eines Punktesystems. Von diesen Punkten, die in fünf Kategorien vergeben werden, verliert Deutschland in den letzten Jahren immer mehr. Das bedeutet, dass sich die Lage der Pressefreiheit in Deutschland tatsächlich verschlechtert. Die Pressefreiheit in Deutschland ist nicht mehr „gut“, sondern nur noch „zufriedenstellend“.

Lars Hansen

Redakteur in der Funke Mediengruppe und Co-Vorsitzender der dju in ver.di

■ Denn Pressefreiheit ist die Grundlage jeder Demokratie ■

In der Kategorie der politischen Rahmenbedingungen hat Deutschland 2,5 von hundert möglichen Punkten verloren. Vor allem die Versuche von Landesregierungen, Personal- und Programmentscheidungen im Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk über die Gebührendebatte zu beeinflussen, haben dazu geführt. Auch bei den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (-2) und der Sicherheit für Journalist*innen (-1) gab es Verschlechterungen gegenüber dem Vorjahr.

Am markantesten sind aber die vier Punkte, die im vergangenen Jahr in der Kategorie der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verloren wurden. Hier setzt sich eine Abwärtstendenz fort, die schon vor einigen Jahren begann. Journalist*innen gelten nicht mehr grundsätzlich als vertrauenswürdig, werden – hauptsächlich von rechts – persönlich oder als Institution diffamiert und deligitimiert. Das ist nicht neu; aber es ist bislang auch nicht gelungen, diese Entwicklung aufzuhalten. Im Gegenteil: Sie nimmt weiter an Fahrt auf.

Alarmsignal für die Demokratie

Wie gesagt: Pressefreiheit ist keine Weltmeisterschaft, bei der es gilt, besser dazustehen als andere. Aber das Abrutschen in der Rangliste sollte ein Alarmsignal sein, denn Pressefreiheit ist die Grundlage jeder Demokratie. Nur mündige Bürger*innen können sich aktiv an politischen Prozessen beteiligen und dafür brauchen sie unabhängige Informationen. Bei den politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie bei der Sicherheit haben wir als Mediengewerkschaft konkrete Forderungen: Schutz des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks, Anerkennung von Non-Profit-Journalismus als gemeinnützig, der Kampf gegen Einschüchterungsklagen und der Einsatz dafür, dass möglichst alle Medien-Arbeitgeber sich dem Schutzkodex für Journalist*innen verpflichten sind nur einige Beispiele.

Das sind Forderungen, die wir an andere stellen. Bei den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind wir jetzt selbst gefragt: Wir müssen uns aktiv in die Debatten um uns herum einmischen; uns für unseren Beruf und für einzelne Kolleg*innen einsetzen, wenn sie einmal mehr schlechtgeredet werden. Das müssen wir uns für die nächsten Jahre auf die gewerkschaftliche Agenda nehmen.

Es geht nicht um Deutschlands Position in einer Rangliste. Es geht um die Pressefreiheit in diesem Land. Sie ist so was von wichtig!

Lars Hansen <<



Irgendwas mit Medien

Wie der Berufsstart in den Journalismus gelingen kann

Journalismus ist ein besonderer Beruf. Er eröffnet die Möglichkeit, Menschen zu begegnen, Geschichten zu erzählen, Zusammenhänge sichtbar zu machen und über Dinge zu berichten, die sonst verborgen bleiben würden. Es ist ein aufregender und aufreibender Beruf. Rund 218.000 Frauen und Männer übten 2024 laut Mikrozensus eine Tätigkeit in Redaktion und Journalismus, Verlags- und Medienwirtschaft oder in der Öffentlichkeitsarbeit aus. Der Großteil entfällt mit 157.000 Erwerbstätigen auf Tätigkeiten in Redaktion und Journalismus. Hierzu zählen neben den Berufen Redakteur*in und Journalist*in auch Tätigkeiten als Autor*in und Lektor*in.

Viele, die diesen Weg gehen, tun das aus Überzeugung. Weil sie Fragen stellen wollen. Weil sie sich für die Welt interessieren. Gleichzeitig verändert sich der Journalismus gerade stark. Digitale Plattformen prägen, wie Informationen wahrgenommen werden. Künstliche Intelligenz verändert Recherche, Produktion und Arbeitsabläufe in Redaktionen. Und das Vertrauen in Medien wird immer wieder öffentlich diskutiert. Gerade deshalb bleibt guter Journalismus unver-

zichtbar: Menschen brauchen verlässliche Informationen, Einordnung und Orientierung mehr denn je.

Es gibt viele Wege in diesen Beruf. Den einen richtigen Weg gibt es nicht – und auch keine einheitliche Voraussetzung. Und glücklicherweise sind die Hürden für einen guten Start in den Beruf auch gesunken. Manche Journalist*innen studieren oder absolvieren ein Volontariat, andere kommen über Praktika, freie Mitarbeit oder eigene journalistische Projekte in den Beruf. Journalismus ist vor allem ein Handwerk. Viel wichtiger als ein formaler Abschluss ist deshalb praktische Erfahrung: recherchieren, schreiben, nachfragen – und immer wieder dazulernen.

Journalismus ist aber aufgrund seiner starren Strukturen bei gleichzeitig hohen Anforderungen auch anfällig für Diskriminierung. Das gilt für die Ausübung des Berufs sowie für den Einstieg. Menschen mit Betreuungsaufgaben können z.B. kaum das Pensum einer Vollzeit-Ausbildung erfüllen. Teilzeit-Volontariate können hier helfen, sind aber oft zu schlecht vergütet, als dass sie für den Lebensunterhalt ausreichen könnten. Dafür müssen die Sender und Medienhäuser Verantwortung übernehmen. <<

Wege in den Journalismus

Es gibt viele Möglichkeiten und genauso viele Meinungen darüber, welcher Weg „der richtige“ ist. Manche empfehlen ein Studium, andere ein Volontariat. Wieder andere schwören auf Journalistenschulen. Und dann gibt es noch unzählige individuelle Wege, die in keinem Ratgeber stehen. Lass dich davon nicht verunsichern!

Die gute Nachricht ist: Es gibt nicht den einen perfekten Lebenslauf. Viele Journalist*innen haben Umwege gemacht, Fachrichtungen gewechselt oder erst spät ihren Zugang gefunden. Gerade heute sind unterschiedliche Perspektiven und Erfahrungen gefragt.

Wichtiger als der konkrete Weg ist, dass du lernst, wie Journalismus funktioniert. Dass du neugierig bleibst, Fragen stellst und bereit bist, dich weiterzuentwickeln. Dass du Fehler machen darfst und daraus lernst.

Der Voloratgeber der dju in ver.di verschafft einen Überblick. Welche Wege es gibt, worin sie sich unterscheiden und was zu dir passen könnte.

Vier Wege in den Journalismus

Wenn man nach Einstiegsmöglichkeiten sucht, wirkt die Vielfalt zunächst groß. In Wirklichkeit lassen sich die meisten Wege auf vier klassische Ausgangspunkte zurückführen. Jeder davon hat seine eigene Stärke. Welche Option am besten passt, hängt vor allem davon ab, wie man lernen möchte und was als individuell wichtig empfunden wird.

1. Volontariat

Das Volontariat ist für viele der direkteste Einstieg. Man arbeitet von Anfang an in einer Redaktion, lernt im Alltag und übernimmt Schritt für Schritt Verantwortung. Theorie und Praxis verbinden sich im Arbeitsalltag. Viele schätzen diese Form, weil sie schnell Erfahrung sammeln und sich früh ein Netzwerk aufbauen können. Ein Journalismus-Volontariat dauert meist 12 bis 24 Monate. Die genaue Dauer unterscheidet sich je nachdem, wo du dein Volo absolvierst. Möglich sind zum Beispiel Zeitungen und Magazine, Online-Redaktionen, Radio- und TV-Sender, Nachrichtenagenturen oder Verlage.

2. Journalistenschule

Journalistenschulen bieten eine strukturierte Ausbildung mit festen Lernphasen, Workshops und engem Austausch mit Dozent*innen. Sie legen oft großen Wert auf Handwerk, Recherche und Reflexion. Gleichzeitig entsteht ein starkes Netzwerk, das viele Absolvent*innen später begleitet. Der Zugang erfolgt in der Regel über einen Eignungstest mit Arbeitsproben, Wissenstest und Gespräch. Journalistenschulen vergeben meist keine staatlich anerkannten Ausbildungsabschlüsse, sondern Zertifikate oder Teilnahmebestätigungen. Sie finanzieren sich in der Regel über Kursgebühren, Projektmittel, Spenden und/oder ihre Trägerorganisationen.

3. Studium

Ein Studium an einer Hochschule kann Zeit geben, fachliche Schwerpunkte zu entwickeln und Themen zu vertiefen. Dabei können alle Studiengänge hilfreich sein. Journalismus oder Publizistik lässt sich aber auch an staatlichen Hochschulen studieren, ist aber weniger praktisch aus-

gerichtet. Viele kombinieren es mit Praktika oder freier Mitarbeit. Gerade für spezialisierte Bereiche – etwa Wirtschaft, Wissenschaft oder internationale Themen – kann dieser Weg sinnvoll sein.

4. Freie Mitarbeit

In der Praxis kommt dieser Einstieg neben den drei klassischen Zugängen häufig vor: ein erster Artikel für die Lokalredaktion, ein Interview für ein Online-Magazin, ein Praktikum, aus dem eine lose Zusammenarbeit folgt. Freie Mitarbeit bedeutet: Man arbeitet nicht fest in einer Redaktion, sondern liefert einzelne Beiträge – gelegentlich oder auch regelmäßig. Der große Vorteil: Man sammelt echte Erfahrung. Beiträge werden veröffentlicht, man bekommt Feedback und lernt, wie Redaktionen arbeiten. Gleichzeitig baut man Kontakte auf – zu Redakteur*innen und anderen Journalist*innen. Freie Mitarbeit ist zwar keine vollständige Ausbildung. Aber sie kann ein wichtiger Schritt sein, um herauszufinden, ob Journalismus wirklich dein Beruf werden soll – und um erste Arbeitsproben zu sammeln.

Die verschiedenen Wege in den Journalismus schließen sich nicht gegenseitig aus. Viele kombinieren mehrere Stationen. Entscheidend ist nicht, welcher Weg „besser“ ist, sondern welcher zu einer Persönlichkeit, einem Lerntyp und einem Ziel passt.

Gleichzeitig entstehen heute auch neue Wege für journalistisches Arbeiten. Journalist*innen starten eigene Newsletter, Podcasts oder Social-Media-Formate. Solche Projekte können ebenfalls Teil eines journalistischen Portfolios sein und zeigen Redaktionen, wie Bewerber*innen arbeiten und welche Themen sie interessieren.

Die Wege im Vergleich

Jeder Einstieg in den Journalismus hat eigene Stärken und Herausforderungen. Wichtig ist es, zu wissen, was einen erwartet – und was gut passt.

Die folgende Übersicht soll helfen, eine erste Orientierung zu bekommen.

Auch die finanzielle Situation kann bei der Entscheidung eine Rolle spielen. Manche Wege sind von Anfang an bezahlt, bei anderen muss man

praktische Erfahrungen zunächst selbst organisieren oder parallel Geld verdienen.

Es lohnt sich deshalb, nicht nur auf Inhalte und Lernformen zu schauen, sondern auch darauf, wie sich die verschiedenen Wege finanziell gestalten.

	Stärken	Herausforderungen	Finanzieller Rahmen	Gut geeignet für dich, wenn ...
Volontariat	Du arbeitest von Anfang an in einer Redaktion, sammelst praktische Erfahrung und übernimmst Verantwortung. Viele lernen am besten, wenn sie direkt ins Tun kommen.	Das Tempo ist oft hoch. Du musst viel gleichzeitig lernen und dich schnell orientieren.	Volontariate sind in der Regel bezahlt. Die Höhe der Vergütung hängt davon ab, ob der Betrieb tarifgebunden ist.	... du gerne praktisch arbeitest, schnell Verantwortung übernehmen willst und direkt im Berufsalltag lernen möchtest
Journalistenschule  verdi.de	Strukturierte Ausbildung, intensives Feedback und ein starkes Netzwerk. Viele Schulen bieten Raum zum Ausprobieren und Vertiefen.	Die Auswahlverfahren sind häufig anspruchsvoll. Der Einstieg kann länger dauern.	Einige Journalistenschulen zahlen eine Vergütung oder bieten Stipendien, andere verlangen Studiengebühren. Informiere dich deshalb genau über die Bedingungen.	... du gerne in klaren Lernstrukturen arbeitest, Feedback suchst und dir ein Netzwerk wichtig ist.
Studium  verdi.de	Zeit für fachliche Spezialisierung und vertieftes Verständnis. Gute Grundlage für Themen wie Wirtschaft, Wissenschaft oder internationale Berichterstattung.	Du musst dir praktische Erfahrung oft selbst organisieren.	Während des Studiums erhältst du in der Regel kein Geld für journalistische Arbeit. Viele sammeln Erfahrung über Praktika oder freie Mitarbeit.	... du dich für Themen interessierst, die du langfristig journalistisch bearbeiten möchtest, und Theorie und Praxis verbinden willst.
Freie Mitarbeit	Du sammelst früh praktische Erfahrungen im journalistischen Alltag. Deine Beiträge werden veröffentlicht, du bekommst Feedback und dein Netzwerk wächst.	Freie Mitarbeit ist oft unregelmäßig und hängt davon ab, ob Redaktionen deine Themen annehmen. Du musst viele Abläufe selbst organisieren: Themen, Kontakte und deine Arbeit koordinieren.	Die Bezahlung erfolgt meist pro Beitrag oder Auftrag und kann stark variieren. Gerade am Anfang sind Honorare oft niedrig und die Einkünfte unregelmäßig.	... du gerne eigenständig arbeitest, Themen selbst entwickelst und früh praktische Erfahrungen im Journalismus sammeln möchtest.

Ein Volontariat ist mehr als ein Einstieg

Das Volontariat ist die Grundlage für den weiteren Weg im Journalismus. Hier lernt man, wie Redaktionen arbeiten, wie man recherchiert, schreibt, prüft und Verantwortung übernimmt.

Nicht jedes Volontariat bietet die gleichen Chancen. Manche Programme sind gut strukturiert, geben Zeit zum Lernen und unterstützen gezielt. Andere erwarten vor allem, dass die Volontär*innen sofort funktionieren. Der Unterschied zeigt sich oft erst im Alltag.

Das Wichtigste: Man muss nicht alles akzeptieren. Man darf Fragen stellen. Man darf Erwartungen formulieren. Und man darf sich bewusst entscheiden.

Gute Ausbildung bedeutet, dass man etwas lernt, dass man begleitet wird. Dass Fehler erlaubt sind und Feedback selbstverständlich ist. Sie schafft Sicherheit und Selbstvertrauen – und hilft, langfristig in diesem Beruf zu bestehen.

Was macht ein gutes Volontariat aus?

Ein gutes Volontariat gibt Zeit und Raum zu lernen. Es unterstützt dabei, einen eigenen journalistischen Stil zu entwickeln und Verantwortung zu übernehmen. Ein gutes Volontariat erkennt man daran, dass dein Lernen im Mittelpunkt steht – nicht nur die kurzfristigen Bedürfnisse der Redaktion.

Struktur und Plan

Es gibt einen klaren Ausbildungsplan mit Stationen, Zielen und festen Lernphasen.

Zeit zum Lernen

Man wird nicht nur eingesetzt, um Lücken zu füllen. Es gibt bewusst eingeplante Zeit für Weiterbildung, Recherche und Feedback.

Begleitung und Feedback

Man hat feste Ansprechpersonen. Die Arbeit wird regelmäßig besprochen und Volos bekommen konstruktives Feedback.

Vielfalt der Erfahrungen

Man lernt verschiedene Ressorts, Formate oder Arbeitsweisen kennen und entwickelt ein breites Verständnis für Journalismus.

Weiterbildung

Seminare, Workshops oder Schulungen sind Teil der Ausbildung. Man kann neue Kompetenzen aufbauen.

Faire Bezahlung

Volos erhalten eine angemessene Vergütung. Ausbildung und wirtschaftliche Sicherheit gehören zusammen.

Arbeitszeit und Belastung

Überstunden sind nicht die Regel. Es gibt klare Absprachen und respektvolle Arbeitsbedingungen.



Tarifbindung als Qualitätsmerkmal

Ein wichtiges Zeichen für gute Ausbildungsbedingungen ist die Tarifbindung eines Medienhauses. In vielen Bereichen des Journalismus haben Gewerkschaften und Medienunternehmen Tarifverträge für Volontariate vereinbart. Diese Verträge legen Mindeststandards fest und sorgen dafür, dass Ausbildung nicht vom Zufall abhängt.

Tarifverträge regeln zum Beispiel:

- Dauer der Ausbildung
- Höhe der Vergütung
- Ausbildungsinhalte
- Weiterbildung und Seminare

Damit stellen sie sicher, dass ein Volontariat tatsächlich eine Ausbildung ist – und nicht nur günstige Arbeitskraft für die Redaktionen organisiert.

In vielen tarifgebundenen Medienhäusern liegt die Vergütung derzeit ungefähr bei:

- ca. 2.200 Euro brutto im ersten Ausbildungsjahr
- ca. 2.500 Euro brutto im zweiten Ausbildungsjahr

Die genauen Beträge können je nach Branche oder Tarifvertrag variieren. Wichtig ist vor allem: Gute Ausbildung bedeutet auch faire Bezahlung.

Ausbildungsstruktur – so sieht gute Ausbildung aus

Neben fairen Bedingungen spielt auch die Struktur der Ausbildung eine große Rolle. Viele Redaktionen organisieren ihr Volontariat so, dass man möglichst viele Seiten des Journalismus kennenlernt.

Typische Elemente sind:

Ressortrotation

Volontär*innen arbeiten während ihrer Ausbildung in verschiedenen Ressorts, zum Beispiel: Politik, Wirtschaft, Kultur, Lokales oder Online. So entsteht ein breites Verständnis für journalistische Arbeit.

Seminare und Volokurse

Viele Medienhäuser bieten eigene Schulungen an oder arbeiten mit Journalistenschulen zusammen. Dort geht es etwa um Recherche, Interviewführung, Medienrecht oder Datenjournalismus.

Multimediale Ausbildung

Journalismus findet heute auf vielen Plattformen statt. Gute Volontariate vermitteln deshalb nicht nur das Schreiben, sondern auch Grundlagen für Online-Journalismus, Social Media, Audio und Video.

Red Flags – Woran erkennt man, dass etwas nicht stimmt

Nicht jedes Volontariat hält was es verspricht. Manchmal zeigt sich erst im Alltag, ob Lernen wirklich im Mittelpunkt steht. Achte auf Hinweise, die darauf hindeuten können, dass deine Ausbildung zu kurz kommt.

Keine klare Struktur

Es gibt keinen Ausbildungsplan oder nur sehr vage Aussagen dazu, was Lerninhalte sind.

„Learning by doing“ ohne Begleitung

Man arbeitet wie eine feste Kraft, bekommt aber wenig Anleitung oder Feedback.

Ständige Überlastung

Überstunden sind die Regel, nicht die Ausnahme. Lernen ist im Alltag kaum möglich.

Kaum Weiterbildung

Seminare oder Schulungen werden versprochen, finden aber selten oder gar nicht statt.

Unklare Zuständigkeiten

Man weiß nicht, wer für deine Ausbildung verantwortlich ist oder an wen man sich wenden kann.

Niedrige oder keine Vergütung

Ausbildung wird als Rechtfertigung für schlechte Bezahlung genutzt.

Unsicherheit bei Fragen

Kritische Nachfragen werden als mangelnde Motivation ausgelegt.

Ein einzelner zutreffender Punkt muss nicht bedeuten, dass ein Volontariat schlecht ist. Aber mehrere dieser Anzeichen sollten aufmerksam machen. Gute Ausbildung lebt von Offenheit, Klarheit und gegenseitigem Respekt.

**Gute Ausbildung schafft
Sicherheit und Selbstvertrauen
– und hilft, langfristig in diesem
Beruf zu bestehen.**

„Komplizierte Beziehungsarbeit“

Community-Management ist eine neue journalistische Aufgabe

In der plattformdominierten Öffentlichkeit sind neue Berufsfelder entstanden – wie das Community-Management, das zwischen Redaktion und Publikum vermitteln soll. Obwohl diese Aufgabe in journalistische Ausbildungspläne integriert ist, prägen mangelnde Wertschätzung und prekäre Arbeitsbedingungen die Praxis in den Medien.

In Studien- und Berufsratgebern werden digitale Medienberufe „an der Spitze der begehrtesten Karrierepfade“ verortet und Social Media Management gehört zu den sechs „interessantesten Medienberufen“. Doch in der Realität werde „das Community-Management sehr oft an Praktikanten delegiert, da die Bedeutung dieser Tätigkeit weit unter-

„Moderation sollte in der journalistischen Ausbildung auch Deeskalation, Counter Speech und Schutz vor Hate Speech beinhalten.“

schätzt“ sei, so Tom Klein vom Hessischen Rundfunk 2023 im „Frankfurter Presseclub“. Er meinte: „Eigentlich müsste heute ein Journalist zwei Jobs parallel abdecken: zum einen als Berichterstatler und zum anderen als Community-Manager.“ Die Auseinandersetzung mit einer Community sei eine „komplizierte Beziehungsarbeit“.

Erweitertes Volontariat

Dieses erweiterte Aufgabenspektrum hatten Zeitungsverleger und Journalismusgewerkschaften bereits 2016 in ihren novellierten Volontariatstarifvertrag aufgenommen. Die redaktionelle Arbeit für und in Social Media und Plattformen gehört dort zu den Ausbildungszielen und wird in einem Musterausbildungsplan konkretisiert. Community-Management ist Bestandteil innerbetrieblicher Schulungen. So geht es beim „Schreiben für die Nutzer*innen“ etwa auch um „Umgang mit Nutzerkritik, Nutzer-Produkt-Bindung“ oder bei „Besonderheiten crossmedialer Vermittlung“ um die „Moderation von Chats/Foren“. Für Zeitschriften gilt noch der alte Volontariatstarifvertrag von 1990.

Für Social Media- oder Community-Management gebe es „keinen festgelegten Ausbildungsweg“ heißt es im Praxisportal der Universität Potsdam: „Manche Arbeitgeber*innen bieten eigene Volontariate in diesem Feld an und es gibt einige kostenpflichtige Weiterbildungen auf dem Markt, die auf die Tätigkeit vorbereiten sollen. Doch auch ein direkter Einstieg nach dem Studium ist durchaus möglich.“

Mehr Anerkennung des Community-Management

Die Neuen deutschen Medienmacher*innen NdM kritisieren, dass Community-Management in vielen Medienhäusern nicht als vollwertiger journalistischer Beruf anerkannt wird. Dabei gelte es nicht nur, Hasskommentare zu löschen, sondern auch, Fakten zu prüfen, zu recherchieren und hitzige Debatten zu moderieren. „Unterbesetzte Teams stehen täglich vor einer Flut an Hass, Desinformation und einer zunehmend aggressiven Debattenkultur – häufig ohne ausreichende Ausbildung, ohne strategischen Rückhalt und ohne psychologische Unterstützung“, so die NdM. Dass diese Zustände keine Einzelfälle seien, zeigten Workshops, Expert*inneninterviews mit Community-Redaktionen großer Medienhäuser sowie das Social Media Monitoring der NdM im Projekt „BetterPost“.

Geschäftsführerin Elena Kountidou und Trainerin Eda Öztürk von den NdM leiteten auf dem dju-Journalismustag 2026 einen Workshop, in dem sie auch die Interviews mit Community-Teams vorstellten. 2023 und 2024 wurden neun Gespräche in öffentlich-rechtlichen und privaten Medienhäusern geführt. Zumeist enig erfahrene junge Menschen arbeiten dort in ein- bis zehnköpfigen Teams unter hohem „Plattformdruck“. Sie sichten täglich 6.000 bis 12.000 Kommentare und filtern Hass und Desinformation heraus. Trotz hoher psychischer Belastung mussten sie sich Supervision erst erkämpfen.

Von rechten Hetzer*innen stammten 74 Prozent der Hasskommentare, die jedes kommunikative Vakuum nutzen. „Wir machen die ganze Zeit Schadensbegrenzung“, so eine Stimme aus einem öffentlich-rechtlichen Community-Team. Doch die Kommentarfunktion abschalten dürfen sie aus Gründen der Meinungsfreiheit nicht. Die Folge: „Viele Redaktionen meiden sensible Themen wie Migration aus Angst vor Shitstorms, statt ihre Communitys aktiv zu gestalten und gesellschaftliche Debatten mutig mitzuführen“, so die NDM.

Schutz vor Hassrede

Sie fordern deshalb, Community-Management als „Teil der publizistischen Verantwortung“ zu betrachten und den oft unterschätzten „Nebenjob“ als journalistischen Beruf der „Community-Redakteur*in“ anzuerkennen. Moderation als Kernkompetenz

74

Prozent der Hasskommentare stammen von rechter Hetze

sollte in der journalistischen Ausbildung auch Deeskalation, Counter Speech und Schutz vor Hate Speech beinhalten. Zukunftsfähige Community-Arbeit erfordere zudem ausreichende finanzielle Ressourcen, personell gut ausgestattete Teams sowie passende Software. Die Teams müssen divers zusammengestellt sein, denn Redaktionen sollten die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln.

Bei persönlichen Angriffen und Belastung im Umgang mit Hass müsse

es „Rückendeckung auf Führungsebene sowie psychologische und juristische Unterstützung“ geben. Außerdem gelte es, strategische Leitlinien für die Community-Arbeit zu entwickeln, denn eine Netiquette reiche nicht. Auch die Workshopteilnehmenden auf dem Journalismustag waren sich einig, dass Medien die Chance nutzen sollten, durch gut ausgestattete Community-Redaktionen ihre Bindung zum Publikum zu stärken und Vertrauen zu gewinnen.

Bärbel Röben <<

Anzeige



PRESSE-VERSORGUNG

wiederwas???

Wiederanlage. Bei Ihrer Presse-Versorgung. Weil Ihr Kapital mehr kann.

Mit einer Wiederanlage bei der Presse-Versorgung bleibt Ihr angespartes Kapital dort, wo es schon eine Menge für Sie getan hat. Und arbeitet dort weiter für Sie und Ihre Pläne.



Jetzt beraten lassen:
presse-versorgung.de/wiederwas

„Das Grundgesetz ist unser Wertekanon“



Henriette Löwisch ist die Leiterin und selbst Absolventin der Deutschen Journalistenschule (DJS) in München. Bevor sie 2017 diese Aufgabe übernahm, war sie Aus-

landskorrespondentin und Chefredakteurin der internationalen Nachrichtenagentur AFP und Professorin für Journalismus in den USA (University of Montana). Wir sprachen mit ihr über Hal- tungsjournalismus, Fake News und Geschlech- tergerechtigkeit im Journalismus.

Welchen Stellenwert haben Journalist*in- nen-Schulen für den heutigen Qualitätsjour- nalismus und für journalistische Karriere- wege? Wofür braucht es Institutionen wie die Deutsche Journalistenschule in München?

Journalismus ist in der Demokratie ein freier Beruf, der von selbst gesetzten Regeln abhängt. Renommierten Journalistenschulen wie der DJS kommt dabei die Aufgabe zu, Standards zu setzen, das ethische Bewusstsein zu schärfen und die Qualität der journalistischen Werke dauerhaft zu sichern. Außerdem spielt die DJS eine wichtige Rolle als Innovationstreiberin für die Branche, wie sie etwa mit ihrer Podcast-Ausbildung, ihrem Social-Media-Curriculum oder ihren Regionalfellowships bewiesen hat. Und nicht zuletzt schafft unser intensives Vollzeitprogramm ideale Bedingungen, um Teamarbeit einzuüben und Netzwerke zu knüpfen, die über ein einziges Medienhaus oder eine einzige Stadt hinausreichen.

Inwieweit hat sich der Stellenwert der Jour- nalist*innen-Schulen in Deutschland über die Jahre geändert – auch vor dem Hinter- grund der vielen anderen möglichen Wege in den Journalismus wie dem Quereinstieg und Volontariat und der landläufig recht breiten Definition, was Journalismus ist, wie etwa die Popularität von Newsfluencern und Pod- castangeboten zeigt?

Eigentlich sind Volontariat und Quereinstieg in Deutschland ja die klassischen Wege in den Jour-

nalismus. Journalistenschulen entstanden hierzulande erst nach dem Zweiten Weltkrieg, die DJS war da Vorreiterin und orientierte sich am Vorbild der Columbia-Universität in den USA. Inzwischen arbeiten wir seit Jahrzehnten in einem Masterstudiengang mit der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität zusammen und kombinieren so das Beste aus allen Welten: praxisbetontes Lernen, Redaktionserfahrung, Reflektion und Forschung ebenso wie Projektarbeit im Team. Die Ausbildungswege sind also vielfältig und haben alle ihre Vor- und Nachteile. Da kann und muss jede und jeder sehen, was ihr oder ihm am besten taugt. Ein Vorteil der DJS ist hier vielleicht, dass sie Allrounder ausbildet: Alle 45 Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs lernen Grundlagen wie Recherche, Schreiben, Erzählen, Sprechen – aber eben auch Audio, Video, Formatentwicklung oder Datenjournalismus. Das funktioniert so gut, weil die Schule nicht nur von einigen wenigen Häusern getragen wird, die naturgemäß besondere Interessen und Bedürfnisse haben. Hinter der DJS stehen große wie kleine Verlage, öffentlich-rechtliche und private Sender, Online-Plattformen, Gewerkschaften und Verbände, die uns vielfältigen Input geben. Das verhindert auch, dass die DJS bei allem Renommee zum Elfenbeinturm verkommt.

Wie positioniert sich die DJS zur Forderung nach einem „werteorientierten Journalismus“, wie ihn zum Beispiel Georg Restle vertritt? Wo sehen Sie potenzielle Gefahren eines sich stark an Werten orientierenden Journalismus?

Das Schwierige an der Beurteilung solcher Forderungen ist, dass oft der Kontext verloren geht und nur Schlagworte übrigbleiben. Sind Journalisten, die nach der Wahrheit streben, Haltungsjournalisten? Werteorientierte Journalisten? Aktivist*innen? In Deutschland haben wir ein Grundgesetz, das ist unser Wertekanon. An dem sollten sich gute Journalistinnen und Journalisten orientieren. Insofern erwarte ich von mei-



Deutsche Journalistenschule

Mehr Informationen stehen auf der Internetseite <https://djs-online.de/>



Foto: Shane Thomas McMillan

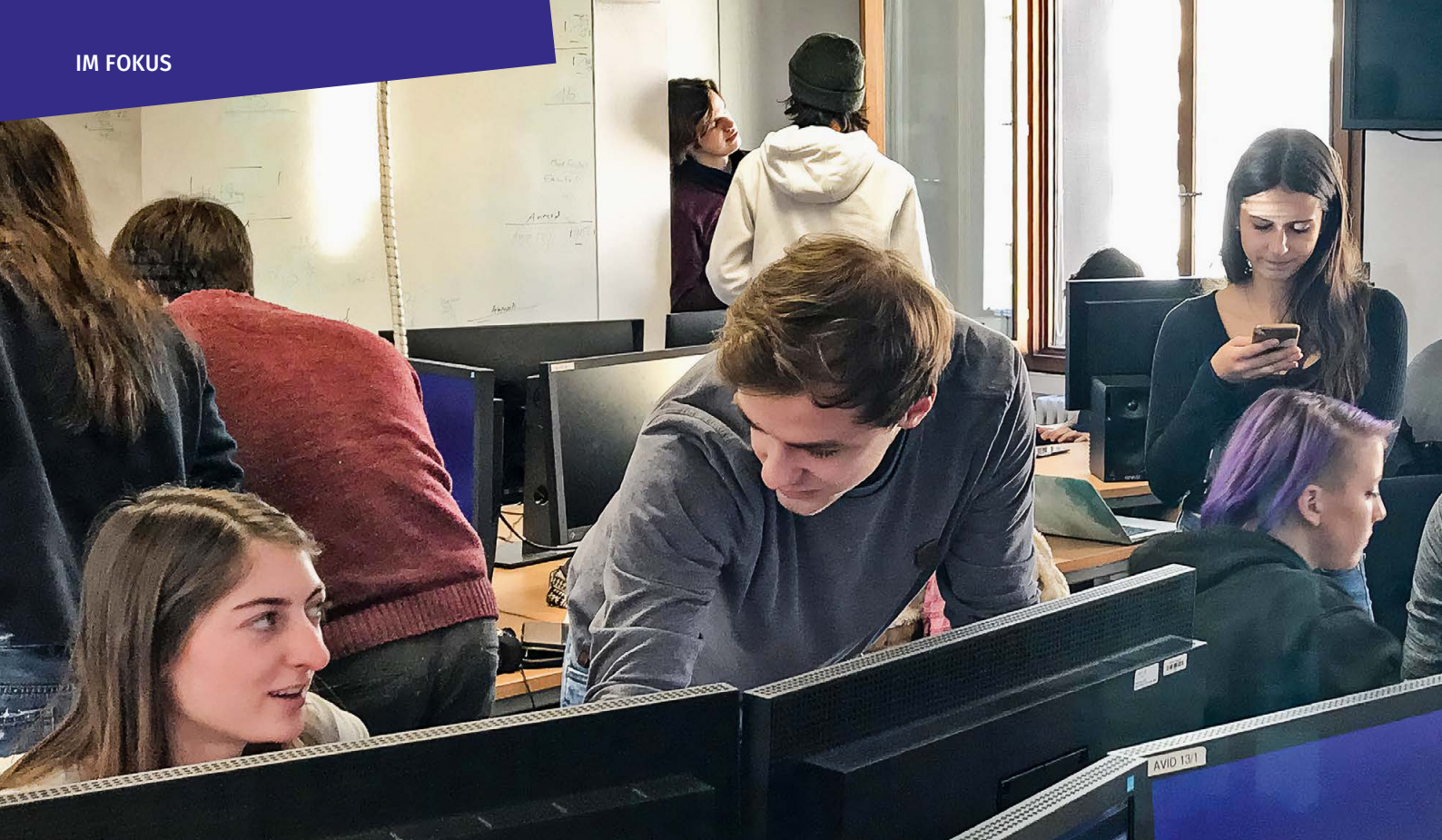
Henriette Löwisch, Leiterin der Deutschen Journalistenschule (DJS) in München.

Ich erwarte von meinen Absolventinnen und Absolventen schon, dass sie für eine gute Sache eintreten: nämlich für den Fortbestand der Rechte, die unsere Verfassung garantiert. ”

nen Absolventinnen und Absolventen schon, dass sie für eine gute Sache eintreten: nämlich für den Fortbestand der Rechte, die unsere Verfassung garantiert.

Gibt es einen typischen Studierenden an der DJS? Was sind da – auch vor dem Hintergrund der sozio-demografischen Daten zu den Kohorten – die typischen Patterns?

Die DJS sammelt keine soziodemografischen Daten ihrer Studierenden. Wir erheben nicht mal deren Geburtsorte. Alles, was ich hierzu sagen kann, beruht daher auf punktuellen Erkenntnissen und anekdotischen Eindrücken. Als die



Schule gegründet wurde, kamen viele Bewerberinnen und Bewerber aus dem Krieg und hatten weder Studium noch Abitur. Daher braucht man für die Aufnahme an der Journalistenschule traditionell keine solchen Abschlüsse, sondern kann in einem unserer beiden Ausbildungsgänge auch mit einer abgeschlossenen Lehre anfangen.

Ungefähr seit den 1990er Jahren häufte sich dann der Anteil an Studierenden, deren Eltern selbst schon studiert hatten. Die sozioökonomische Vielfalt in unseren Klassen war gering, und nur wenige Schülerinnen und Schüler kannten die Lebenswelten von Einwanderungsfamilien aus eigener Anschauung. Um dies zu ändern, haben wir das Programm #DuKannstJournalismus ins Leben gerufen, eine Serie von Workshops, die sich ausdrücklich an junge Menschen richtet, die sich zwar für Journalismus interessieren, aber den Eindruck haben, dort gehören sie nicht hin. Seither gibt es in unseren Jahrgängen viel mehr Nicht-Akademikerkinder und das ohne Quoten. An anderen Dimensionen müssen wir weiterhin arbeiten. Zum Beispiel an der fachlichen Diversität. Wir wünschen uns mehr Nachwuchs mit naturwissenschaftlichen oder technischen Abschlüssen, oder Leute, die eine Lehre gemacht haben. Um dies zu unterstützen, loben unsere Träger spezielle Stipendien aus, zum Beispiel die Klaus-Tschira-Stiftung oder die Harald-Christ-Stiftung für Demokratie und Vielfalt.

Der Journalismus steht aktuell vor vielen Herausforderungen. Das sind zum Beispiel der gestiegenen Verbreitung von Fake News und Desinformation; eine generelle digitale Unübersichtlichkeit und vielleicht auch Überforderung; dem Bedeutungszuwachs von Influencer*innen und KI; das Zeitungssterben; die gesellschaftliche Polarisierung und Vertrauenskrisen in etablierte Medien; oder Bedrohungen und Einschüchterungen missliebiger Pressevertreter*innen. Inwieweit haben sich die Curricula und Ausbildungsinhalte an der DJS vor diesem Hintergrund verändert?

Die DJS ist sich dieser Herausforderungen wohl bewusst. Wir haben deshalb unsere Ausbildungszeit gerade auf 18 Monate erweitert. Zusätzliche Kurseinheiten zielen auf den souveränen Umgang mit künstlicher Intelligenz und die Stärkung der Diskursfähigkeit in einer zunehmend fragmentierten Gesellschaft. Die Schülerinnen und Schüler üben und reflektieren den Austausch mit Menschen, die in fundamentalen Fragen anders denken und anders sprechen als sie selbst. Sie trainieren, vor Publikum zu sprechen, und bekommen wissenschaftlich fundierte Tipps zum Umgang mit berufsspezifischem Stress. Die neuen Inhalte sind unverzichtbar, damit Journalistinnen und Journalisten ihre Arbeit in einer von Umwälzungen geprägten Zeit so gut machen können wie irgend möglich. Das ist,

Im Crossmedia-Labor des Studiengangs Journalistik der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt recherchieren die Studierenden für ihre Radiobeiträge und schneiden diese für Magazinsendungen.

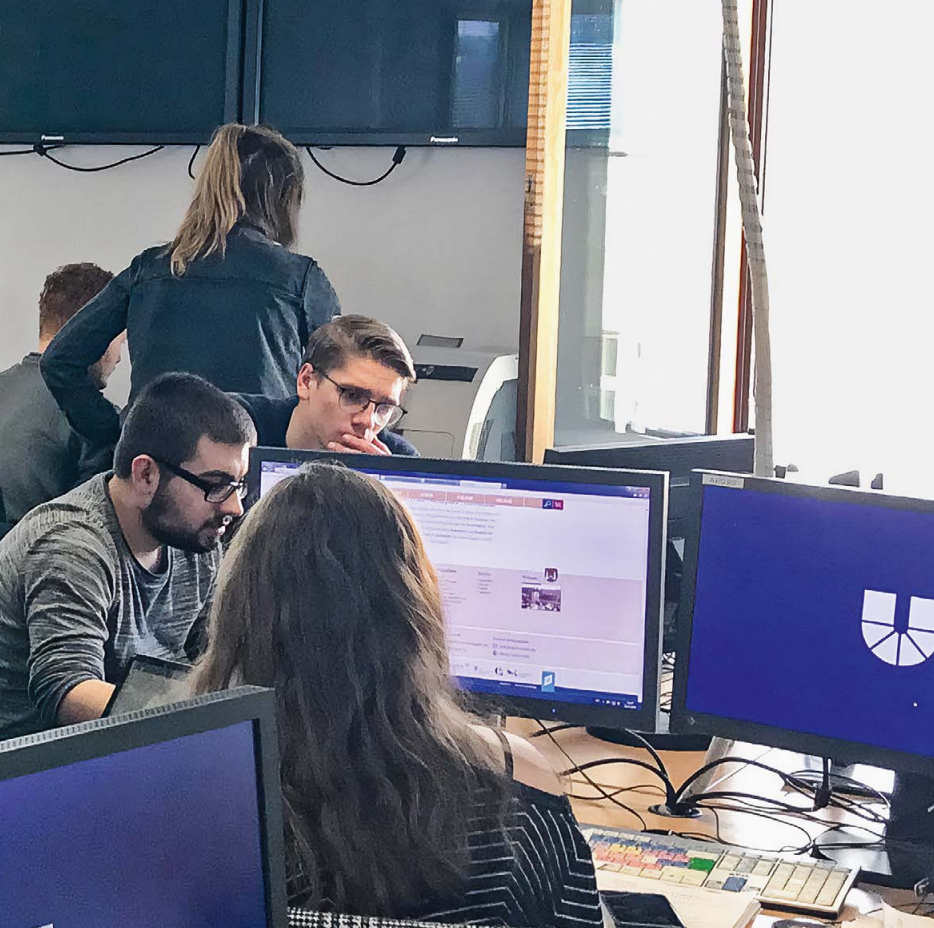


Foto: Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt / Leimbach / upd

wenn Sie so wollen, unser Beitrag zur Stärkung der Demokratie.

Mittlerweile arbeiten viel mehr Frauen im Journalismus, auch in höheren, leitenden Positionen. Wie erklären Sie sich das? In welcher Art wird dieser höhere Anteil von Frauen im Journalismus in den Curricula und den Ausbildungsinhalten berücksichtigt?

Das hat sicher eine ganze Reihe von Gründen, aber es ist auf jeden Fall erfreulich. Jeder Medienbetrieb braucht Frauen an der Spitze, das ist einfach ein Zeichen der Modernität. Mein Ziel als Leiterin der DJS ist seit langem die Geschlechterparität bei den Dozierenden, um die wir uns beim Bauen der Stundenpläne täglich aktiv bemühen. Das gelingt im Ergebnis mal besser und mal schlechter, und auch hier kann ich weder quantitative Erhebungen noch Quoten anbieten. Aber die exzellenten Dozentinnen, die wir auf diese Weise über die Jahre gewonnen haben, zeigen, dass sich der Aufwand lohnt.

Interview: Till Schmidt <<

Ohne Moos nix los

Was verdienen Volos zum Einstieg

Für viele angehende Journalist*innen stellt sich die Frage nach dem Einstiegsgehalt. Die Höhe des Gehalts während eines Volontariats hängt stark vom Arbeitgeber, der Medienform und von der Tarifbindung. In vielen tarifgebundenen Medienhäusern liegt die Vergütung für Volontär*innen derzeit ungefähr bei 2.200 bis 2.500 Euro.

Diese Zahlen können je nach Branche oder Tarifvertrag etwas variieren. Sie geben jedoch eine Orientierung dafür, welche Größenordnungen in der Branche üblich sind. Nach dem ersten Volontariat unterschieden sich die Einkommen stärker. Sie hängen u.a. davon ab, ob Journalist*innen fest angestellt arbeiten, frei tätig sind oder verschiedene Tätigkeiten miteinander kombinieren.



Mentoring für mehr Vielfalt



Junge Journalist*innen mit Einwanderungsgeschichte stehen noch immer vor vielen großen und kleinen Hürden, die ihnen den Berufseinstieg in den Journalismus erschweren, und für manche sogar unmöglich machen. Genau hier setzt Mentoring@NRW an. Seit 2020 begleitet, vernetzt und fördert das Programm der „Neuen deutschen Medienmacher*innen“ junge Journalist*innen in Nordrhein-Westfalen am Beginn ihrer Karriere.

Anna Kravčíková lebt in Köln und ist Projektleiterin bei Mentoring@NRW. Als Journalistin arbeitet sie vor allem im Audioraum für Radiosender wie COSMO, ILIVE und Deutschlandfunk Nova. Sie kommt aus der Slowakei und hat vor zwei Jahren selbst bei Mentoring@NRW teilgenommen. Gerade im Berufseinstieg hatte sie unter anderem mit fehlenden Vorbildern zu kämpfen. Außerdem verweist sie auf die hohen Kosten des oft jahrelangen, steinigen Weges in den Beruf: „Viele Journalist*innen kommen eher aus dem reicheren Elternhaus, weil sie es sich leisten können müssen, teils schon während des Studiums so viele Praktika zu machen, die meist auch unbezahlt sind,“ erzählt die 30-Jährige.

Anna Kravčíková lebt in Köln und ist Projektleiterin bei Mentoring@NRW. Als Journalistin arbeitet sie vor allem im Audioraum für Radiosender wie COSMO, ILIVE und Deutschlandfunk Nova. Sie kommt aus der Slowakei und hat vor zwei Jahren selbst bei Mentoring@NRW teilgenommen. Gerade im Berufseinstieg hatte sie unter anderem mit fehlenden Vorbildern zu kämpfen. Außerdem verweist sie auf die hohen Kosten des oft jahrelangen, steinigen Weges in den Beruf: „Viele Journalist*innen kommen eher aus dem reicheren Elternhaus, weil sie es sich leisten können müssen, teils schon während des Studiums so viele Praktika zu machen, die meist auch unbezahlt sind,“ erzählt die 30-Jährige.

Von Kürzungen betroffen

Seit Projektbeginn vor sechs Jahren hat Mentoring@NRW mehr als 60 Nachwuchsjournalist*innen begleitet, die heute unter anderem bei WDR, Funke Mediengruppe, Deutschlandfunk, SAT.1 NRW, Handelsblatt oder COSMO arbeiten. Jedes Jahr erhielten die Teilnehmenden Unterstützung durch erfahrene Journalist*innen aus der Region, lernten Redaktionen kennen und bauten ein eigenes berufliches Netzwerk auf, das vorher oftmals noch fehlte. „Auf der anderen Seite lernten die Lokalredaktionen und Medienhäuser Menschen kennen, die die journalistische Arbeit vor Ort mit eigenen Perspektiven und

FEHLENDE DIVERSITÄT

Junge Menschen mit Einwanderungsgeschichte, aus Nicht-Akademikerfamilien und Frauen sind im deutschen Zeitungsjournalismus unterrepräsentiert.

... IN DEN REDAKTIONEN

In Redaktionen in Deutschland sind Menschen mit Migrationshintergrund deutlich unterrepräsentiert. Unter Chefredakteur*innen haben sechs Prozent eine Einwanderungsgeschichte – und die kommen alle aus Nachbarstaaten Deutschlands oder der EU. Das zeigt eine Befragung von Chefredakteur*innen der 126 reichweitenstärksten deutschen Medien aus dem Jahr 2020.

... IN DEN SCHULEN

Die einzige umfassende Studie zur Herkunft von Journalistenschüler*innen ist aus dem letzten Jahrzehnt. Klarissa Lueg untersuchte 2012, aus welcher Schicht die damals aktuellen Jahrgänge dreier Journalistenschulen stammten.

Mehr als zwei Drittel ordnete sie einem „hohen“ Herkunftsmilieu zu (Ärzte, Unternehmerinnen, Professoren), die Eltern waren Akademiker*innen, überdurchschnittlich häufig promoviert oder habilitiert.

Der Rest: gehobene Mitte.

Kinder von Arbeiter*innen oder Arbeitslosen fand Lueg in ihrer Stichprobe nicht.



Anna Kravčíková, Journalistin und Projektleiterin bei Mentoring@NRW

transkulturellen Kompetenzen bereichern“, so Kravčíková. Wegen finanzieller Kürzungen konnte die einjährige Begleitung der Teilnehmenden durch Mentor*innen in diesem Jahr nicht durchgeführt werden. Stattdessen bündelt Mentoring@NRW nun seine Aktivitäten in einem Camp-Format. Es richtet sich an 15 Nachwuchsjournalist*innen, im zwischen 20 und 30 Jahre alt sind. In praxisnahen Workshops lernen die Teilnehmenden von erfahrenen Medienprofis, die ebenfalls Migrationsgeschichte oder Rassismuserfahrung haben, und vernetzen sich untereinander.

Eines der Workshop-Themen ist etwa das Erstellen von journalistischen Pitches, also das knappe, überzeugende Angebot einer Story-Idee, das an Redaktionen via E-Mail gesendet wird. Ein anderes Format soll zum Austausch über Möglichkeiten für Wege in den Journalismus abseits der Königswege Volontariat und der Journalistenschule anregen. Außerdem entsteht ein Raum für Fragen, bei denen viele Menschen zunächst aus Vorsicht zögern, sich an die eigenen Kolleg*innen zu wenden: etwa beim Thema Bezahlung oder Rassismuserfahrungen im Rahmen der journalistischen Arbeit.

Der Schwerpunkt von Mentoring@NRW liegt auf dem Lokal- und Regionaljournalismus. „Häufig bieten die Jobs in diesem Bereich noch

Stabilität und Festanstellungen, wie sie sich bei großen, überregionalen Medienhäusern oft nicht mehr finden lassen“, sagt Kravčíková. Gerade die Lokal- und Regionalredaktionen hätten auch in Nordrhein-Westfalen große Schwierigkeiten, Nachwuchs zu finden. „Viele Lokalmedien hätten aber ein großes Interesse an einer jungen, diversen Belegschaft – auch weil das Communities anspricht, die sich bislang wenig repräsentiert fühlen und daher kaum Lokalmedien konsumieren,“ so die Projektleiterin. **Till Schmidt** <<

Foto: Simin Kiammehr

... IM JOB

Neben Migration und Herkunft spielt auch Geschlecht beim Zugang zu journalistischen Berufen eine entscheidende Rolle.

In großen deutschen Print- und Online-Medien sinkt der durchschnittliche Frauenmachtanteil in journalistischen Führungspositionen erneut. Er liegt im März 2026 laut Pro Quote Medien bei 37,5 Prozent.



Hilfe bei psychischen Belastungen im Journalismus

Immer mehr Journalist*innen fühlen sich in ihrem Beruf unwohl. Der Druck von verschiedenen Seiten ist in den vergangenen Jahren enorm gestiegen. Zum einen werden Menschen, die journalistisch tätig sind, von außen über Hasspostings in den sozialen Medien angefeindet. Zum anderen steigt im redaktionellen Umfeld der interne Druck durch Arbeitsverdichtung und Vorgesetzte. Mit Helpline bietet „Netzwerk Recherche“ seit einigen Jahren ein telefonisches Gesprächsangebot – anonym, vertraulich und kostenlos.

Vor allem im Print-Journalismus hat sich das psychische Wohlbefinden der dort arbeitenden Menschen erheblich verschlechtert. Journalist*innen leiden zunehmend unter Existenzängsten und sorgen sich um ihren Job. Hinzu treten ein immer höherer Zeitdruck, ein allgemeiner Personalmangel, der das Zeitproblem verstärkt und Aktivismusvorwürfe aus Reihen der Leserschaft.

Viele Journalist*innen beklagen, ihre Arbeit werde nur noch an Klickzahlen gemessen. Und über allem schwebt neuerdings generative KI. Ihre Kritik richtet sich auch an Vorgesetzte. Der steigende Druck im Printbereich wird dann noch durch Aussagen befeuert wie: „Wir machen das hier noch ein paar Jahre, dann ist alles vorbei.“

Wissenschaftlich belegt

Die zunehmende psychische Belastung ist inzwischen auch gut erforscht. In der gemeinsamen Studie „Strapazierter Journalismus“ des Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) und des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Uni Bielefeld wurden Journalist*innen bundesweit befragt. Das Fazit aus der Wissenschaft: Die geschilderten Anfeindungen und der zunehmende ökonomische Druck sind kein randständiges Phänomen mehr, sondern gehören für viele der Befragten zum beruflichen Alltag.

Eine nicht repräsentative Online-Umfrage des Instituts für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München diagnostizierte aus den Antworten von 1.301 befragten Journalist*innen ein erhöhtes Burnout-Risiko. Zudem hat M schon im Jahr 2024 darüber berichtet, wie Menschen in den Medien bis zum Umfallen produzieren. Dazu gibt es inzwischen auch wissenschaftliche Antworten und Handlungsoptionen für den Journalismus. Die Friedrich-Ebert-Stiftung plädiert dafür, die Resilienz der Medien zu stärken.

Hilfe zur Selbsthilfe

Soforthilfe bietet Helpline der Journalist*innen-Vereinigung „Netzwerk Recherche“. Hier können journalistisch tätige Menschen von Montag bis Freitag zwischen 18 und 19 Uhr ihre Sorgen loswerden. In dieser Zeit sitzen am anderen Ende der Leitung ebenfalls Journalist*innen. Diese sind speziell geschult. Sie liefern keine vorgefertigten, einfachen Lösungen.



Foto: Shutterstock / Kozma94

Es ist kein Zeichen von Schwäche, Hilfe anzunehmen.

Da bei Helpline Berufskolleg*innen den Hörer abnehmen, erfolgt das anonyme Gespräch auf Augenhöhe. Auf Nachfrage berichtet eine Person, die bei Helpline berät: „Durch das Sprechen über eigene Sorgen und Ängste bekommen Menschen einen anderen Blick.“ Sie würden sich ihrer Probleme bewusster. Erst von dieser Position aus sei es möglich, auf die Lösungsebene zu gelangen und nach Möglichkeiten zu suchen, Sorgen und Ängste besser bewältigen zu können.

Empathie und aktives Zuhören dienen den Berater*innen als Türöffner. Dadurch werden die anrufenden Menschen ermächtigt, über eigene Lösungen nachzudenken. Gleichzeitig werden sie auch mental gestärkt, um sich künftig bei wiederkehrenden, ähnlichen Situationen selbst helfen zu können.

Doppelt so viele Frauen wie Männer rufen an

Laut Helpline rufen doppelt so viele Frauen wie Männer an. Über die Gründe kann nur gemutmaßt werden. Nutzen männliche Journalisten andere Kanäle, um mit ihren Sorgen klarzukommen? Oder herrscht unter den Männern eher eine gewisse Angst, sich seiner Sorgen bewusst zu werden?

Zumindest diese Angst sei völlig unbegründet, erklärt ein Sprecher von Helpline. Selbstfürsorge sei enorm wichtig. „Es ist kein Zeichen von Schwäche, Hilfe anzunehmen.“ So lautet die Kernbotschaft hinter dem telefonischen Gesprächsangebot von Helpline. Es spielt auch keine Rolle, ob jemand frei oder festangestellt in den Medien arbeitet. Helpline hört

jedem, unabhängig vom Beschäftigungsverhältnis, ganz genau zu.

Außerhalb der Sprechzeiten läuft ein Anrufbeantworter. Wer möchte, hinterlässt eine Nachricht. Auf Wunsch ruft Helpline zurück. Auch per Mail ist das Helpline-Team erreichbar. Gleiche Regel: Wer das ausdrücklich möchte, bekommt zu einem passenden Zeitpunkt einen Rückruf, anonym, vertraulich und kostenlos.

Viele Menschen in den Medien empfinden ihren Beruf nach wie vor als Berufung, trotz der zunehmenden psychischen Belastungen im Job und regelmäßigen Anfeindungen von verschiedenen Seiten.

Gegen Selbstzweifel bietet Helpline eine Möglichkeit, um sich seiner eigenen Sorgen bewusst zu werden und an eigenen Lösungen zu arbeiten. Der Druck wird dadurch vielleicht nicht weniger, allerdings der Umgang damit besser erträglich.

Lars Lubienetzki <<

Faire Honorare für Filmvermittlung



Die AG Filmvermittlung legt erstmals einen Honorarrahmen für freischaffende Filmvermittler*innen vor und macht damit auch auf die prekäre Erwerbssituation

in der Branche aufmerksam. Für die Honorare zieht der Verein den Basishonorarrechner Kultur von ver.di heran.

„Unsere Forderungen machen sichtbar, was Filmvermittlung kosten müsste, wenn Zeit und Expertise angemessen nach geltenden tarifbezogenen Richtwerten berücksichtigt werden“, sagt Lisa Haußmann, Vorstandsmitglied der AG Filmvermittlung, die die Forderungen mitentwickelte. Filmvermittler*innen arbeiten für Festivals, Schulen, Kultur- und Bildungsinstitutionen, Kinos oder Weiterbildungseinrichtungen, die häufig öffentlich gefördert werden. „Wir als Filmvermittler*innen tragen dazu bei, den Kulturort Kino für künftige Generationen zu sichern“, betont Haußmann.

„Im Moment ist die Diskrepanz zwischen Soll und Ist gewaltig“, sagt Haußmann, wie sie im Rahmen einer Mitgliederumfrage feststellte. Meist werde pauschal vergütet, ohne Rücksicht auf anfallende Arbeitszeit. Umgerechnet liegen die Stundensätze häufig unter dem Mindestlohn. Die Honorarforderungen verstehe die AG Filmvermittlung als Zielgröße. Haußmann weiß um die knappen Kassen, auch, weil viele Mitglieder immer wieder auch auf der Auftraggeber*innen-seite stünden, aber: „Irgendwann kommt man mit Erfindergeist nicht mehr weiter. Wir brauchen existenzsichernde Honorare.“ Viele Kolleg*innen verlassen die Branche, Fachkräfte gehen verloren, erzählt Haußmann. Die Situation belastete die Gesundheit von vielen Filmvermittler*innen.

„Viele Projektträger müssen sich ehrlich machen, dass sie seit Jahren ausbeuten“, betont Haußmann und wünscht sich eine Verteilung von Verantwortung und Einbußen. Sie sieht die Rahmenhonorarforderung daher auch als Kommunikationsmittel. Finanzierungsprobleme

müssten auf struktureller und politischer Ebene gelöst werden. In der Forderung heißt es sehr deutlich: „Die Bezahlung angemessener Honorare soll jedoch nicht dazu führen, dass die Anzahl der vergebenen Aufträge und durchgeführten Projekte verringert wird.“

Für mehr Transparenz bei Honoraren

Im Mai 2026 gab es zuletzt eine Entgelterhöhung im öffentlichen Dienst, dementsprechend wurden auch der Honorarrechner aktualisiert. „Wir sind sehr dankbar, dass es den ver.di-Basishonorarrechner gibt, der fortlaufend an den TVöD angepasst wird und so mitwächst“, sagt Haußmann. Die AG Filmvermittlung listet in ihrer Honorarforderung mehrere Fallbeispiele mit transparenten Stundenberechnungen auf, z.B. für Workshops oder Filmgespräche. Ergänzend zum Basishonorarrechner macht die AG Filmvermittlung auf Brancheneigenheiten aufmerksam und fordert schriftliche Honorarverträge, die Zahlung von Ausfallhonoraren, die Übernahme von Fahrt- und Reisekosten und dass die Umsatzsteuer nicht vom Honorar abgezogen werden dürfe. Haußmann kann sich z.B. eine zusätzliche Vergütung von Stunden vorstellen, falls externe Technik angemietet werden muss oder an Fortbildungen teilgenommen werden soll.

Lisa Mangold, Bereichsleitung Kunst & Kultur bei ver.di, begrüßt, dass der Basishonorarrechner hier genutzt wird: „Wir wollten immer ein



Was ist Filmvermittlung?

Filmvermittlung umfasst vielfältige Tätigkeiten wie Filmgespräche, die Erstellung von Unterrichtsmaterialien, das Kuratieren von Filmprogrammen oder praktische Workshops. Die AG Filmvermittlung e.V. vereint Menschen, die in diesen pädagogisch-kulturellen Kontexten arbeiten.



Filmvermittlung bei den SchulKinoWochen Berlin

Foto: Fabian Weichselbaumer

Basishonorarrechner von ver.di Für Selbstständige Kreative in Kunst und Kultur

Berechne Dein Basishonorar! Für selbstständige Kreative auf Grundlage des TVÖD. Die Berechnung erfolgt inkl. Betriebsausgaben. Aufwendungen für Sozialversicherung sind einkalkuliert, die Umsatzsteuer ist nicht enthalten. Das Basishonorar ist keine Honorarempfehlung sondern dient der transparenten Kalkulation.

<https://www.basishonorare.de>

transparentes Modell schaffen, dass branchenübergreifend genutzt werden kann.“ Mangold ist fest überzeugt, dass unterschiedliche Berechnungsmodelle zu einer Schwächung der Kulturanbranche als Ganzes führen: „Die Tätigkeiten bei Musik, darstellender Kunst oder Film sind vergleichbar. Wir dürfen uns in der Kulturfinanzierung nicht gegeneinander ausspielen lassen.“

Die AG Filmvermittlung bekomme bislang viel positives Feedback auf ihre Honorarrahmenforderung und der Dialog werde gesucht, sagt Haußmann. VISION KINO, die als Public-Private-Partnership u.a. von FFA und AG Kino getragen wird, lädt Vertreter*innen zur Teestunde. Und Mitglieder berichten, dass sie nun gestärkt in die Verhandlungen gingen. „Uns muss nicht unangenehm sein zu fordern, was uns zusteht. Den Auftraggeber*innen muss das unangenehm sein“, sagt Haußmann. Bisher reagierten aber

auch diese auf die Forderungen wohlwollend. Zwar konnten nur selten mehr Mittel umverteilt werden, aber die Aufträge wurden zum Teil kürzer gefasst, so dass man sich z.B. bei Unterrichtsmaterial auf einen geringeren Umfang einigte. Beim DOK.fest München wurde zwei Tage über „Filmvermittlung heute – Sichtbarkeit, Profession, Zukunft“ auch anhand der Honorarrahmenforderung diskutiert. „Wie können beide Seiten, also Auftragnehmer*innen und Auftraggeber*innen konstruktiv mit der aktuellen Diskrepanz zwischen Soll und Ist-Zustand umgehen?“, berichtet Haußmann von der Tagung. Wichtig war auch die Frage, wie unsichtbare und unbezahlte Arbeit sichtbarer werden kann.

Prekäre Filmkritik

Vor kurzem machte auch der Verband der deutschen Filmkritik auf die prekäre Situation seiner Mitglieder aufmerksam: Das durchschnittliche Jahreseinkommen durch filmkritische Arbeit liege bei nur 16.000 Euro brutto. „Als Beruf steht die freie Filmkritik vor dem Aus“, kommentiert der Vorstand. In der Honorarforderung der AG Filmvermittlung gibt es eine Berechnung für eine Filmbesprechung, die Zeiten für Film-sichtung, Recherche und Schreibzeit summieren sich auf 7,5 Stunden, das ergibt aktuell 2026 je nach Entgeltgruppe ein Honorar von 440 bis 585 Euro netto.

Gisela Wehrl <<

Eins, Zwei oder Drei?

Drei-Stufen-Tests fühlen den ÖRR-Inhalten auf den Zahn

Wie ARD, ZDF und DLR sich online aufstellen können, regelt der seit dem Winter geltende Medienstaatsvertrag. Er stellt neue Anforderungen an die Online-Angebote der Öffentlich-Rechtlichen und an ihre Aktivitäten auf Drittplattformen. Deswegen führen verschiedene Anstalten gerade „Drei-Stufen-Tests“ durch. Ein „Drei-Stufen-Test“ prüft, ob ein gesellschaftlicher Bedarf für das Angebot besteht, welche publizistischen Auswirkungen auch für privatwirtschaftliche Mitbewerber zu erwarten sind und welche Kosten dem Sender entstehen. Die Tests sind gesetzlich vorgeschrieben, wenn öffentlich-rechtliche Medien reine Online-Angebote einführen – oder Bestehende tiefgreifend ändern.

In Zeiten, in denen sich immer weniger Menschen über klassische Medien informieren, wächst die Bedeutung der digitalen Kommunikationsinfrastruktur. Journalismus steht vor der Herausforderung, inmitten einer bisweilen unüberschaubaren Flut an Inhalten teils zweifelhafter Herkunft, KI-Slop und nicht-journalistischer Quellen aufgefunden und als glaubwürdig erkannt zu werden.

ÖRR soll Gegengewicht sein

Wie die Öffentlich-Rechtlichen hiermit umgehen sollen, dazu macht der seit Dezember 2025 geltende Medienstaatsvertrag neue Vorgaben. Den Öffentlich-Rechtlichen werden neue Aufgaben fürs Digitale übertragen: Sie sollen technisch zusammenwachsen und ihre Inhalte besser miteinander vernetzen. Die Medienkompetenz des Publikums sei zu fördern und mehr Dialog anzubieten. Ganz konkret aber werden die Möglichkeiten der Sender, Texte zu veröffentlichen, grundsätzlich untersagt und nur für ausgewählte, explizit genannte Fälle erlaubt. Diese Vorschrift erntete Kritik: Sie sei ein Entgegenkommen gegenüber den Verlegern – und laufe der Gewohnheit der Nutzer*innen zuwider, Informationen in Textform zu rezipieren. Tatsächlich ist die Nutzung der Nachrichten-Apps wie die der Tagesschau seit dem medienstaatsvertragskonformen Relaunch rückläufig, was die Erfüllung des Auftrags – alle Menschen zu erreichen – erschwert.

Klare Vorgaben für das Angebot und die Aktivitäten der öffentlich-rechtlichen Medien kommen auch vom Bundesverfassungsgericht. Es stellte in seinem Beschluss vom Juli 2021 klar, dass es die Aufgabe der Öffentlich-Rechtlichen sei, im digitalen Raum „ein vielfaltsicherndes und Orientierungshilfe bietendes Gegengewicht“ zu den dominierenden privatwirtschaftlichen Plattformen aufzubauen. Dass ARD, ZDF und Deutschlandradio also gängige Plattformen bespielen, spezifische Formate produzieren und insgesamt erheblichen Aufwand betreiben müssen, um im Digitalen überhaupt relevant zu sein, ergibt sich aus dem Auftrag aus Karlsruhe.

Interaktionen geplant

Rein optisch hat sich das ZDF-Online-Angebot den privatwirtschaftlichen Streamern bereits angenähert. Und auch inhaltlich soll sich nach den Plänen des ZDF einiges tun: Interaktion mit dem Programm, in Kommentarspalten oder moderierte Foren wie „ZDF Spaces“, sollen ausgeweitet werden. Ein überfälliger Schritt, war es doch ein bisheriges Manko der öffentlich-rechtlichen Angebote, die öffentliche Debatte über Talkshows, Tatort oder ESC den privatwirtschaftlichen Plattformen zu überlassen und diese dadurch aufzuwerten.



Abb: M/MProduction

Besonders freuen dürften sich künftig auch Film- und Serienfans. Diese Inhalte – sofern sie Eigen- oder Auftragsproduktionen sind – sollen künftig im Streaming-Portal länger abrufbar sein, genau wie Dokumentationen und Wissensinhalte. Auch das Medienkompetenzprojekt „ZDF goes Schule“ möchte das ZDF ausbauen und Bildungsmaterialien digital bündeln.

Nebulöser bleiben die Vorhaben im Bereich „Kooperationen“ mit Wissenschaftseinrichtungen, Kultur oder privaten Rundfunkanbietern. Das ist kein Wunder, denn für Verlinkungen müssen viele Rechte und auch die publizistische die Verantwortung geklärt werden. Die Problematik zeigte sich bereits im vergangenen Jahr. Da hatte die ProSiebenSat.1 Media-Tochter Joyn nämlich Inhalte aus der ARD-Mediathek einfach im eigenen Portal eingebettet hatte, ohne das Einverständnis der ARD einzuholen.

Bettina Hesse <<



Schon entdeckt?

Engagierte Medien abseits des Mainstreams gibt es zunehmend mehr. Sie sind hochinteressant, aber oft wenig bekannt. Deshalb stellt M in jeder gedruckten Ausgabe und auf M Online einige davon vor.

In der nächsten Ausgabe:

„Glyphosat als Chemie-Waffe. Momentan kommt es im Nahost-Krieg zum Einsatz. Und in Brasilien lassen Großgrundbesitzer*innen Glyphosat versprühen, um Indigene zu vertreiben und sich deren Land anzueignen.“

„Stichwort BAYER“



Über die Nähe zwischen US-Präsident Trump und dem Tech-Milliardär Elon Musk wird viel berichtet. Doch Musk ist nicht der Einzige, der den rechten Republikaner unterstützt hat.

„Die Spenden des Bayer-Konzerns bei der US-amerikanischen Präsidentschaftswahl flossen mehrheitlich dem republikanischen Lager zu. Der Leverkusener Multi erhofft sich von einer Regierung unter Donald Trump bessere Geschäfte, weniger Umweltauflagen und mehr Rechtsschutz in Sachen Glyphosat,“ schreibt Jan Pehrke in der aktuellen Ausgabe von Stichwort BAYER, dem Magazin der Coordination gegen Bayer-Gefahren (CGB). Das Magazin Stichwort BAYER (SWB) erscheint vierteljährlich seit 1983.

CGB ist ein Netzwerk von Aktivist*innen, das seit Ende der 1970er Jahre den Bayer-Konzern kritisch begleitet. In über 40 Jahren hat sich an der Herstellung der Publikation viel verändert. „Die erste Ausgabe wurde noch mit Schere und Kleber zusammengebastelt. „Klein und bescheiden ist er zwar, der erste Rundbrief, aber oho“ so lautete 1983 die Parole der ersten Ausgabe des Rundbriefs. Mittlerweile ist auch in der kleinen Düsseldorfer Redaktion längst moderne Technik eingezogen und alle Ausgaben wurden digitalisiert. Was sich aber seit über 40 Jahren bei Stichwort Bayer nicht geändert hat, ist die Überzeugung, dass der Kampf für eine saubere Umwelt für bessere Arbeitsbedingungen der Bayer-Beschäftigten zusammengehören.

„Immer wieder berichteten wir über die Probleme der Kolleg*innen, über die Arbeitsplatz-Vernichtung, Sexismus im Betrieb und über Tarifikämpfe“, sagt der Stichwort-BAYER-Redakteur Jan Pehrke. Er verhehlt aber auch nicht, dass es in der Vergangenheit manche Konflikte mit den Vorständen der Gewerkschaft IGBCE gab. „Wir waren sehr enttäuscht,

dass von der IGBCE keine kritischeren Worte zur Übernahme von MONSANTO durch BAYER oder zu Glyphosat kamen“, benennt Pehrke zwei Themen, die seit Jahren immer wieder bei Stichwort Bayer kritisch behandelt werden. Heute wird die Monsanto-Übernahme auch wegen der vielen Umweltklagen, die Bayer mit einkaufte, sogar konzernintern kritisch gesehen. Die von vielen Studien belegten Gesundheitsgefahren durch Glyphosat sorgen weltweit für Widerstand gegen dieses Pestizid. Für Hintergrundmaterial dazu ist das mittlerweile digitalisierte Archiv von Stichwort BAYER eine wahre Fundgrube. Die Zeitschrift hat seit ihrer Gründung eine transnationale Perspektive. „Mit Gewerkschafter*innen an den ausländischen Standorten kommt es immer wieder zu Kooperationen, wenn etwa Lohn-Kürzungen oder Werksschließungen anstehen“, so Pehrke. „Als der Konzern auf den Philippinen gezielt Gewerkschafter*innen rausschmiss, trug die CGB den Protest auf die Hauptversammlung von BAYER“, nennt der Journalist ein Beispiel für die internationale Solidarität.

Obwohl eine solche Zeitung heute dringend gebraucht wird, ist ihre Perspektive ungewiss. „Gestiegene Lebenshaltungskosten und Lohnraub lassen unser Spendenaufkommen atemberaubend einbrechen, auf das wir existenziell angewiesen sind, da für unsere konzernkritische Arbeit keinerlei öffentliche Förderung zur Verfügung steht“, beschreibt Pehrke die finanzielle Situation des Magazins. Gleichzeitig hat Stichwort BAYER wie viele andere Medien mit steigenden Kosten für Recherche, Dokumentation, Druck und Postvertrieb zu kämpfen.

Stichwort BAYER ist auf die Unterstützung der Leser*innen angewiesen, die bereit sind, Geld für eine Zeitung auszugeben, die sich dem Kampf für gute Arbeitsplätze und für Klimagerechtigkeit seit 42 Jahren widmet.

<https://www.cbgnetwork.org/>

Peter Nowak <<

Ein schlechter Witz? Keine Pressefreiheit in der Türkei



für die Türkei, die im vergangenen Jahr im Weltpressefreiheitsindex von Reporter ohne Grenzen (RSF) auf Platz 159 von 180 Ländern landete, werden diejenigen, die sich für 2026 einen optimistischen Ausblick erwarten, eine große Enttäuschung erleben. Im Laufe des vergangenen Jahres hat sich der Zustand der Pressefreiheit noch weiter verschlechtert. Der Druck auf Medienschaffende war in den ersten Monaten des Jahres 2026 kaum weniger stark als in den vergangenen Jahren.

Stand Mitte April sind 31 Journalisten, deren berufliche Tätigkeit kriminalisiert wird, in der Türkei inhaftiert. Unter ihnen ist der kurdische Journalist Ziya Ataman, der sich seit über 10 Jahren in Haft befindet. Er wurde am 12. April 2016 festgenommen. Das Gericht verurteilte ihn aufgrund vager Vorwürfe

wegen „Mitgliedschaft in der terroristischen Organisation PKK“ zu 14 Jahren und drei Monaten Haft. Ataman wird seit langem in Einzelhaft gehalten und leidet unter verschiedenen gesundheitlichen Problemen.

Zuletzt wurde der Journalist İsmail Arı am 22. März 2026 aufgrund seiner Berichterstattung und Beiträgen in den sozialen Medien festgenommen. Laut Beobachtungsberichten, die vom Journalistenverband Dicle Fırat veröffentlicht wurden, wurden in den ersten drei Monaten des Jahres 30 Journalisten festgenommen und acht verhaftet.

Nicht die geringste Verbesserung

Seit ihrem Machtantritt im Jahr 2002 hat die AKP den „Terrorismus“ konsequent als Hauptbegründung für die Inhaftierung von Journalist*innen im Land herangezogen. Insbesondere in den letzten 15 Jahren wurden Hunderte von ihnen entweder zu Haftstrafen verurteilt oder strafrechtlich verfolgt, nachdem ihre journalistische Tätigkeit unter Strafe gestellt worden war. Vor allem Journalist*innen, die die Politik der Regierung in der Kurdenfrage kritisieren oder über Menschenrechtsverletzungen durch die türkische Polizei oder das Militär berichten, wurden wegen „Terrorismus“ angeklagt. In den letzten Jahren

Nedim Türfent
@NedimTurfent

Übersetzung konnte nicht abgerufen werden [Erneut versuchen](#)
Gazeteci #ZiyaAtaman 10 YILDIR TUTUKLU

DİHA'da muhabirliğe başlar başlamaz 12 Nisan 2016'da tutuklandı. Mahkeme, afaki iddialarla 14 yıl 3 ay ceza verdi.

Dosyası Yargıtay'da, o Dumlu cezaevinde tecrit altında. Sağlık sorunları yaşıyor.

Rica etsem Ziya'nın sesi olur musunuz?



10:16 nachm. · 11. Apr. 2026 · 13.724 Mal angezeigt

3 236 439 7

cpj.org/data/people/ismail-ari/

CPJ
Committee to Protect Journalists

News Data Safety Resources Get Help

İsmail Arı IMPRISONED

BirGün | Ankara, Turkey | March 21, 2026
Photo Credit: Courtesy of İsmail Arı

Job: Internet Reporter, Print Reporter	Beats Covered: Corruption, Crime, Human Rights, Politics	Local or Foreign: Local	Charge: No Charge Disclosed	Reported Health Problems: No
Medium: Internet, Print	Gender: Male	Freelance: No	Sentence: Not Sentenced	



Turkish comedian faces up to 3 years in prison over joke about Ottoman sultan

By SCF · May 11, 2026



Turkish prosecutors have filed an indictment seeking up to three years in prison for stand-up comedian Tuba Ulu over a joke she made about Ottoman Sultan Suleiman the Magnificent during a recent performance, [Turkish Minute](#) reported, citing the pro-government Sabah daily.

The indictment, drafted by the İstanbul Chief Public Prosecutor's Office, accuses Ulu of "inciting hatred and enmity among the public" over remarks she made in a show about the 16th-century Ottoman ruler and his relationship with his wife, Hürrem Sultan.

According to the report the indictment says there is sufficient evidence to prosecute Ulu, claiming that a sexually explicit joke about Suleiman constituted a criminal offense.

Quellen: Screenshots

„Steht aufrecht / Bleibt standhaft. Alican Uludağ hat nicht geschwiegen und wird nicht schweigen! Journalismus ist kein Verbrechen.“ (o. links) Die Nachrichten und Sozialen Medien sind voll von Meldungen und Hilferufen aus der Türkei.

ist der „Terrorismus“-Vorwurf zu einem äußerst praktischen Instrument für türkische Staatsanwälte geworden.

Natürlich wäre es falsch, die „Intoleranz“ der Regierung gegenüber der Pressefreiheit allein darauf zu reduzieren. Meiner Ansicht nach gibt es mittlerweile eine regelrechte Feindseligkeit gegenüber der Presse. Tatsächlich waren selbst während des vor über einem Jahr eingeleiteten und noch andauernden Friedensprozesses zur Lösung der Kurdenfrage Dutzende von Journalist*innen diesem Druck ausgesetzt. Wenn sie die Politik der Regierung in irgendeiner Frage kritisieren, erleben sie Polizeirazzien in ihren Wohnungen. Nachdem sie im dabei im Morgengrauen festgenommen, werden sie rasch vor Gericht gestellt und aus politisch motivierten Gründen verhaftet. Sie müssen dann mit einer Haft auf unbestimmte Zeit rechnen.

Genau wie der Korrespondent der Deutschen Welle, Alican Uludağ. Uludağ, dem aufgrund seiner journalistischen Tätigkeit ohne konkrete Beweise ein „Verbrechen“ vorgeworfen wird, wurde am 20. Februar 2026 festgenommen. Er befindet sich weiterhin in Haft.

Eine weitere Rechtfertigung für die Inhaftierung und Strafverfolgung von Journalist*innen ist das „Desinformationsgesetz“. Seit dessen Inkrafttreten Ende 2022 wurden 83 Journalist*innen insgesamt 114 Mal wegen „öffentlicher Verbreitung irre-

führender Informationen“ angeklagt. In diesem Zeitraum wurden wiederum 11 weitere Journalisten festgenommen und 10 verhaftet. Bemerkenswert ist, dass sowohl İsmail Arı als auch Alican Uludağ wegen Desinformationsvorwürfen verhaftet wurden.

Die Intoleranz der Regierung gegenüber kritischem und freiem Denken beschränkt sich natürlich nicht auf Journalist*innen. Auch Politiker*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen, Anwält*innen, Künstler*innen und sogar Komiker*innen sind diesem Druck ausgesetzt.

Die Komikerin Tuba Ulu wurde am 9. April 2026 wegen eines Witzes festgenommen, den sie in ihrer Stand-up-Show über die Hochzeit des osmanischen Sultans Süleyman mit Hürrem Sultan gemacht hatte. Unter dem Vorwurf der „Beleidigung historischer, nationaler und moralischer Werte“ wurde sie schließlich unter richterlicher Aufsicht freigelassen.

Humor ist von Natur aus kritisch. Für mich muss auch der Journalismus, der dem öffentlichen Interesse dient, kritisch sein. In der Türkei ist jedoch eine Regierung an der Macht, die kritisches Denken als „Verbrechen“ und Nachrichtenberichterstattung als Akt des „Terrorismus“ betrachtet. Wenn man sie fragt, ist die Presse in der Türkei „frei“. Aber wenn man mich fragt, kann das nur ein schlechter Witz sein!

Nedim Türfent <<



Foto: Shutterstock / Yung Chi Wai Derek

18. Mai 2020. Der Gründer von „Daily Apple“ Jimmy Lai Chee Ying vor dem West Kowloon Magistrates' Court in Hong Kong.

Aktion für Jimmy Lai, China (Hongkong)

Verleger versauert im Gefängnis

Das Verbrechen, das Jimmy Lai vorgeworfen wird, gibt es nicht in jedem Land. Den Machthabern in Peking und Hongkong passte Lais publizistisches Engagement und das Eintreten für Demokratie in der früheren britischen Kronkolonie Hongkong nicht. Das wurde Lai schließlich zum Verhängnis. Ein Gericht befand ihn im Dezember 2025 unter Berufung auf das 2020 nach den sogenannten Regenbogenprotesten erlassene Gesetz zur Nationalen Sicherheit der „Verschwörung zur geheimen Absprache mit ausländischen Kräften“ und der „Aufwiegelung“ für schuldig. Am 9. Februar 2026 erfolgte das Strafmaß: 20 Jahre Haft.

Im Gefängnis sitzt der Verurteilte schon seit Jahren, doch erst jetzt kam der Richterspruch. Jimmy Lai hat 1995 die pro-demokratische Zeitung „Apple Daily“ gegründet, deren Hauptsitz kurz nach Einführung des Gesetzes über die Nationale Sicherheit im Juni 2020 unter Einsatz von fast 200 Polizeikräften durchsucht wurde. Dabei wurden Jimmy Lai, seine beiden Söhne sowie mehrere Angestellte festgenommen. Später wurde „Apple Daily“ erneut Ziel einer polizeilichen Razzia, und alle Vermögenswerte der Zeitung wurden eingefroren. Im Juni 2021 musste die Zeitung den Betrieb einstellen.

Die Haftbedingungen, unter denen er zu leiden hat, sind katastrophal. Seit mehr als fünf Jahren befindet sich Lai in Isolationshaft, ohne Möglichkeit einer gerichtlichen Überprüfung. Isolationshaft über einen längeren Zeitraum wird international als Folter angesehen. Nach Auskunft eines

Sohns von Jimmy Lai hat sich dessen Gesundheitszustand dramatisch verschlechtert.

International hat das Verfahren gegen den 78-jährigen für Aufsehen und Proteste gesorgt. Da Lai auch einen britischen Pass hat, verlangt unter anderem die Regierung in London seine Freilassung. Die Deutsche Welle zeichnete ihn vor wenigen Wochen mit dem „Freedom of Speech Award“ aus. Amnesty International begleitet Lais Schicksal schon lange und verlangt die sofortige und bedingungslose Freilassung des Verlegers. Dessen Verurteilung nannte die Organisation einen „Todesstoß für die Pressefreiheit in Hongkong“. Unabhängiger Journalismus werde in der chinesischen Sonderverwaltungszone inzwischen als Straftat eingestuft.

Harald Gesterkamp <<

Was können Sie tun? Schreiben Sie an den Justizvollzugsbeauftragten von Hongkong und fordern Sie die sofortige und bedingungslose Freilassung des Verlegers Jimmy Lai. Verlangen Sie zudem, dass bis zur Freilassung die Isolation in der Haft aufgehoben wird.

Schreiben Sie auf Chinesisch, Englisch oder Deutsch an:

Wong Kwok-hing
Commissioner of Correctional Services
24th Floor, Wanchai Tower
12 Harbour Road, Wan Chai
HONGKONG/CHINA

Senden Sie eine Kopie an:

Botschaft der Volksrepublik China
S.E. Herrn Hongbo Deng
Märkisches Ufer 54 • 10179 Berlin • Fax: 030 | 27 58 82 21
E-Mail: presse.botschaftchina@gmail.com oder
protokoll.botschaftchina@gmail.com

Betriebsrätin in Aktion

Der Betriebsrat ist die Arbeitnehmervertretung in deinem Betrieb. Seine Rechte und Pflichten sind im Betriebsverfassungsgesetz geregelt. Betriebe mit Betriebsrat zahlen im Schnitt ein höheres Entgelt, die Arbeitsplätze sind sicherer und die Arbeitsbedingungen besser. Betriebsräte machen sich für die Belegschaft stark.

Elke Schanz wurde 1992 das erste Mal in den Betriebsrat der DDV Mediengruppe gewählt, damals noch Dresdner Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG. Als Betriebsrätin hat sie viele Umbrüche erlebt und drei große Konzerne von innen kennengelernt, ohne je den Arbeitsplatz zu wechseln: Gruner + Jahr, Bertelsmann und Madsack. Zwölf Jahre war sie Vorsitzende, im März wurde sie wiedergewählt und ist jetzt stellvertretende Vorsitzende. „Das ist eine schöne Anerkennung, über so viele Jahren wiedergewählt zu werden“, sagt die 63-Jährige.

Schanz ist für die Betriebsratsarbeit freigestellt. „Mein Tag ist gut gefüllt. Es gibt auch mal Kolleg*innen, die Abends anrufen, weil sie das während der Arbeitszeit nicht können oder wol-

Elke Schanz, Betriebsrätin der DDV Mediengruppe



Foto: privat

len“, erzählt sie. Ein besonderer Brocken war zuletzt die Übernahme von Madsack 2024. „Sozialplanverhandlungen sind heftig. Gefühlt haben wir den ganzen Sommer verhandelt, bei 40 Grad im Büro.“ Doch sie ist zufrieden mit dem Ergebnis: „Wir haben einen guten Sozialplan auf den Weg gebracht und erreicht, dass eine Transfergesellschaft eingerichtet wird.“ Das bedeutet, dass Mitarbeiter*innen, denen gekündigt werden soll, übergangsweise von einer Transfergesellschaft angestellt werden und dort Beratung und Weiterbildung erhalten können. „Wir haben durchweg positive Rückmeldungen von ehemaligen Kolleg*innen bekommen, dass sie mit Hilfe der Transfergesellschaft ihren Weg gefunden haben“, sagt Schanz.

Dass Betriebsratsarbeit wichtig ist, steht für sie außer Frage. „Die Kolleg*innen wissen, an wen sie sich wenden können, und auch ein Unternehmen steht mit Betriebsrat besser da, das zeigen Studien“, sagt Schanz. Der Betriebsrat wertet regelmäßig die Gehälter aus. Dabei habe sich gezeigt: Frauen in Führungspositionen verdienen oft weniger als Männer in vergleichbaren Jobs. „Darauf weisen wir immer wieder hin und drängen auf Besserung“, sagt Schanz. In Teilen gelinge das auch. Gleichzeitig hat sich einiges verbessert – etwa, weil mehr Männer Elternzeit nehmen und Homeoffice seit der Corona-Pandemie selbstverständlicher geworden ist. Die Arbeitszeitgestaltung sei aber weiterhin ein großes Thema im Kollegium.

Aktuell habe der Betriebsrat auch zur Geschäftsführung ein gutes Verhältnis. „Früher hätte ich das als schlechtes Zeichen gewertet, jetzt sehe ich es als ein Ergebnis von Kämpfen, die dazu geführt haben, dass uns auf Augenhöhe begegnet wird“, sagt Schanz. Zum Beispiel sei sie nicht davor zurückgeschreckt, Rechte des Betriebsrats auch vor Gericht einzuklagen. Schanz ist gerne Betriebsrätin: „Man kann mehr bewegen als man denkt. Und ich habe meinen Horizont erheblich erweitert – über die Branche hinaus.“

Ulrike Wagener <<

I nfos Betriebsräte

Der Betriebsrat ist die gewählte Interessenvertretung der Beschäftigten in den Betrieben. Er bestimmt mit, wenn es um die Belange der Beschäftigten geht. Alle vier Jahre werden sie gewählt. Die aktuellen Betriebsratswahlen finden jetzt im Frühjahr 2026 statt.



Starker Tarifabschluß bei Cinestar

Auch bei der Kinokette Cinestar wurde nun ein Abschluß für die Beschäftigten erreicht.

Nachdem bereits in der vierten Verhandlungsrunde die entscheidenden Grundlagen gelegt wurden, konnte in den abschließenden Gesprächen am 4. Mai auch für die letzten offenen Punkte – Entgeltkategorien und Jahressonderzahlung – ein Ergebnis erzielt werden.

Laufzeit: Bis 31.12.2027.



Einstieg:

14,50 € (Kategorie I) und 14,40 € (Kategorie II)

Vereinfachung: Nur noch zwei Entgeltkategorien



Mehr Geld:

Bis zu +11,66 Prozent Gehalt in drei Stufen (rückwirkend ab 1. März 2026)



Jahressonderzahlung

steigt deutlich um 30 Prozent:
2026: 600 €
2027: 650 €

Streiks und Proteste in der ARD



pardebatten, Stellenabbau, zähe Verhandlungen – die ARD-Beschäftigten kennen das Muster. Seit Ende Januar laufen die Tarifverhandlungen bei ARD-Sendern – ohne Ergebnis. Deshalb ruft ver.di zum Streik und reagiert damit auf Monate der Verschleppung und Angebote weit unter der Inflationsrate.

Bereits 2023 warnte ver.di vor dem großen ARD-Umbau: Redaktionen zusammenlegen, Kompetenzzentren bündeln, Stellen streichen – alles ohne die Beschäftigten auch nur zu fragen. Die Stimmung in den Häusern ist seitdem angespannt. Dann kam die Tarifrunde 2024: ver.di forderte 10,5 Prozent, die Sender bremsen monatlang. Erst nach zähen Verhandlungen und wiederholten Streiks gab es Ergebnisse – beim WDR als letztem der vier Sender erst im März 2025, also mehr als ein Jahr nach Verhandlungsbeginn.

Die Tarifverträge zu Gehalt und Honoraren sind seit Ende Januar 2026 gekündigt. ver.di fordert sieben Prozent mehr – mindestens aber 300 Euro monatlich, für Azubis mindestens 200 Euro. Was die Sender bisher angeboten haben: dreijährige Laufzeiten mit Erhöhungen zwischen null

und zwei Prozent pro Jahr. Also Reallohnverlust. Und obendrauf knüpfen die Sender diese Angebote an aufschiebende Bedingungen – und stellen in ungekündigten Tarifverträgen eigene Gegenforderungen.

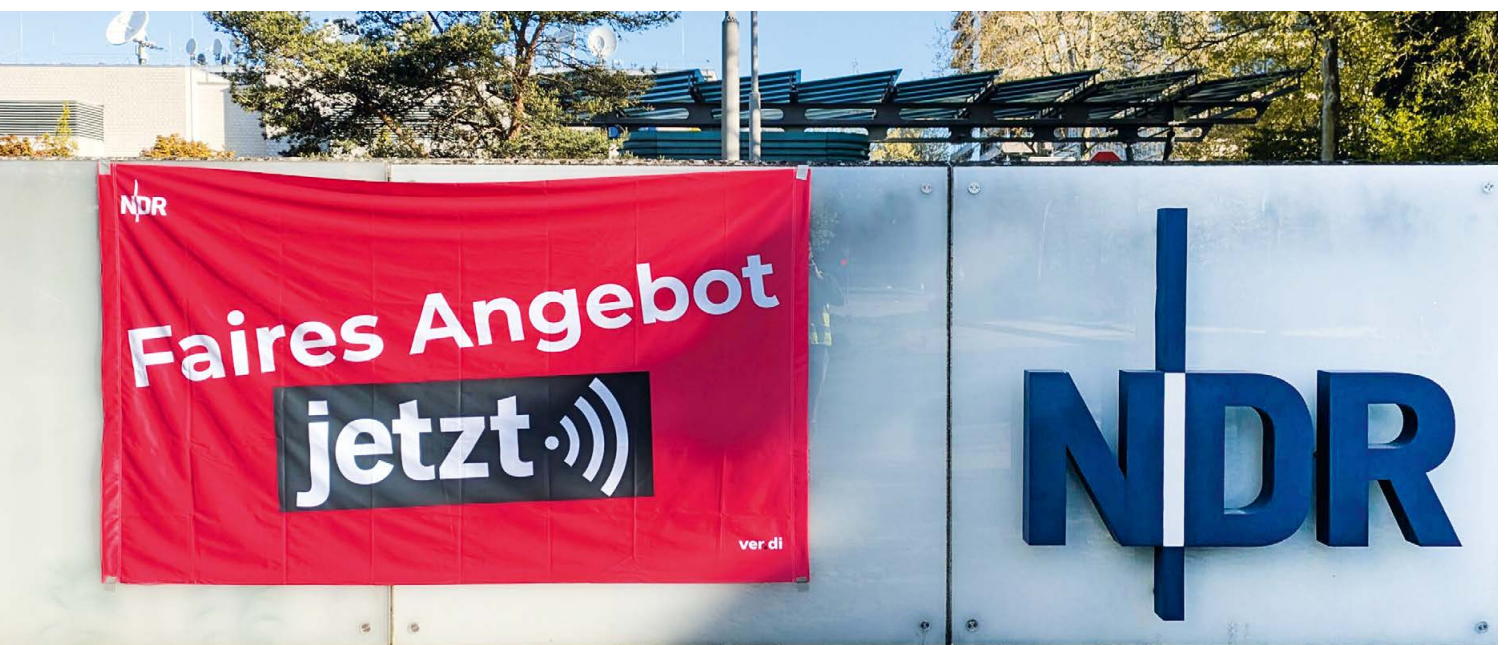
ver.di fordert:

+7%

monatlich mind. plus 300€ (Azubis plus 200€)

Christoph Schmitz-Dethlefsen, im ver.di-Bundesvorstand zuständig für Medien, benennt das klar: „Die Tarifverhandlungen der ARD-Sender stehen auf der Bremse und tragen damit zur Eskalation der Tarifauseinandersetzung bei. Statt zielgerichtet über faire Tariflösungen zu verhandeln, wird taktiert; es werden Termine verschleppt, mit Angeboten weit unter dem Machbaren der Fortgang der Gespräche ausgebremst und sogar noch mit Gegenforderungen in ungekündigten Tarifverträgen aufgewartet.“ <<

Foto: ver.di



DW – Demos gegen Sparkurs

Gegen die erneuten Kürzungen beim deutschen Auslandssender „Deutsche Welle“ haben Ende April mehrere Hundert Menschen zunächst in Berlin und später in Bonn demonstriert. Grund sind die Kürzungen des Bundeszuschusses, die bei der Deutschen Welle 2026 Einsparungen von 21 Millionen Euro erzwingen sollen. Betroffen sind 160 Vollzeitstellen bei dem Sender mit Hauptsitz in Bonn, der Angebote in 32 Sprachen hat und aus Steuergeldern finanziert wird.

Gewerkschaften warnen vor den Folgen der Einsparungen. ver.di-Bundesvorstandsmitglied Christoph Schmitz-Dethlefsen sagte während der Kundgebung am Brandenburger Tor: „Die Welt gerät zunehmend in einen Krisenmodus. Gerade in dieser Situation sind zuverlässige demokratische Medienstimmen wie die der Deutschen Welle in der Welt wichtiger denn je.“

Der Karnevalskünstler Jacques Tilly setzte mit einer seiner berühmten Skulpturen ein Zeichen gegen die geplanten Einsparungen bei der Deutschen Welle. Sein Kunstwerk zeigt Wladimir Putin, Donald Trump und einen iranischen Ajatollah, die sich gemeinsam über Budgetkürzungen bei der Deutschen Welle freuen. „Das nenne ich eine politische Dummheit“, sagte der Bildhauer Tilly der Deutschen Presse-Agentur. „Der Sender ist schließlich in vielen Staaten eine wichtige Stimme der Freiheit und Demokratie.“

<<

Foto: Christian v. Polenz



Impressum

M 2/2026 Jhg. 75. Menschen Machen Medien

Das medienpolitische Magazin von ver.di erscheint vier Mal im Jahr als Print-Ausgabe mit jeweils einem Schwerpunktthema. **M Online** berichtet aktuell aus der Medienbranche: mmm.verdi.de

Herausgeber: ver.di Bundesvorstand, Frank Werneke, ver.di-Vorsitzender.

Christoph Schmitz-Dethlefsen, Leiter Ressort 7

Redaktion: ver.di Bundesverwaltung, M Redaktion, Julia Hoffmann (verantw.), Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin. Tel: 030/69 56 23 26.

Fax: 030/69 56 36 57. Mail: Julia.Hoffmann@verdi.de

Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

www.facebook.com/menschenmachenmedien

www.instagram.com/menschenmachenmedien

Anzeigen:

ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstr. 66, 10783 Berlin,

Fax 030/740 73 16 75. anzeigen@ask-berlin.de.

Ansprechpartnerin: Simone Roch.

Tel. 030/740 73 16 32.

Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 31 gültig ab 1.2.2026.

Abonnement: Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt.

Tel 0711/700 15-30, service@verlag-weinmann.com

Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag erhalten. Jedes Heft kostet 9 Euro (inklusive MwSt.).

ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen können M zu einem ermäßigten Preis abonnieren.

Gestaltung: Petra Dreßler, vision-und-gestalt.de

Druck und Vertrieb: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG, Marktweg 42-50, 47608 Geldern

Redaktionsschluss M:

M 02.2026: 12. Mai 2026

M 03.2026: 17. September 2026

Intern. Standard Serial Number

ISSN-Nr.: 09 46 - 11 32

AUSLANDS- JOURNALISMUS

KOSTENLOSES MEDIENEVENT

YOUTH
MEDIA
CONVENTION

**WORKSHOPS MIT MEDIENPROFIS,
REDAKTIONSTOUREN & PANEL TALKS**

**09. - 11. OKTOBER 2026
IN BERLIN**

FÜR 16 - 27 JÄHRIGE

**REISEKOSTEN, UNTERKUNFT
& VERPFLEGUNG WERDEN ÜBERNOMMEN**

ANMELDESTART 01. JULI 2026



[YOUMECON.DE](https://youmecon.de)



**JUGENDPRESSE
DEUTSCHLAND**